

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

62. Sitzung
8. Januar 2026

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.10 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0303](#)
Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin – Aktuelle ArbSoz
Situation und Maßnahmen des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- Hierzu: Anhörung
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0145](#)
Zeitplan und weiteres Vorgehen zum Solidarischen ArbSoz
Grundeinkommen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0186](#)
Langzeiterwerbslosigkeit in Berlin – wie weiter ArbSoz
nach dem solidarischen Grundeinkommen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2025

Ganz besonders herzlich möchte ich unseren beiden Anzuhörenden begrüßen, einmal Frau Knie-Nürnberg, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, und Herr Dr. Kai Lindemann, Geschäftsführer des Berliner Arbeitslosenzentrums evangelischer Kirchenkreise e. V. (BALZ). Schön, dass Sie da sind! Unsere dritte Anzuhörende musste gestern krankheitsbedingt kurzfristig absagen. Wir wünschen von dieser Stelle aus gute Besserung! Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Danke schön für das Nicken, dann machen wir das so. Die Besprechungspunkte b) und c) wurden bereits im Januar begründet. Daher müsste nur noch der Besprechungspunkt a) begründet werden, und das macht, glaube ich, Herr Pätzold, richtig?

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! Vielen Dank an die Anzuhörenden, an Frau Knie-Nürnberg und Herrn Dr. Lindemann, dass Sie heute da sind und uns kompetent Bericht darüber erstatten werden, welche Herausforderungen Sie sehen und welche Möglichkeiten und Maßnahmen Sie vorschlagen, damit wir dieses bedeutsame Thema weiter angehen können.

Es gibt hier im Ausschuss die lange Tradition, dass wir alle um die Bedeutung des Themas wissen und unabhängig davon, wer in Regierungsverantwortung ist, gemeinsam daran arbeiten, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Warum tun wir das? Erstens, weil wir eine hohe moralische Verantwortung gegenüber der einzelnen Person haben, sie in Arbeit zu bringen und damit Teilhabe zu ermöglichen, damit die Menschenwürde zu stärken und auch die Möglichkeit zu schaffen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Da erleben wir leider, dass viele

Menschen, die nicht in Arbeit sind, nicht die Möglichkeit haben, sich so in die Gesellschaft einzubringen, wie es uns alle umtreibt. Zweitens haben wir eine hohe gesellschaftliche Verantwortung beim Thema Gerechtigkeit, dass Menschen im Arbeitsleben mitwirken können, ihren eigenen Anteil an der gesellschaftlichen Entwicklung leisten können. Drittens haben wir eine volkswirtschaftliche Bedeutung, die dazu führt, dass wir im Abgeordnetenhaus in der Lage sind, durch den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit gemeinsam zu überlegen, wie wir mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen, der erzielt wird, Gutes tun und natürlich auch Sozialleistungen in die Breite bringen können. Das schaffen wir aber nur, wenn der Arbeitsmarkt funktioniert. Wir erleben abschließend, dass die Sockelarbeitslosigkeit in Berlin leider nicht in dem Maße abgebaut werden konnte, wie wir uns das gewünscht haben. Ganz im Gegenteil erleben wir aktuell, dass es in Berlin wieder einen Aufbau der Arbeitslosigkeit gibt. Wir haben jetzt im kalten Winter natürlich auch Rahmenbedingungen, die dazu beitragen, dass es in den jetzigen Monaten nicht zu einem schnellen Aufschwung kommt. Auch die konjunkturellen Bedingungen auf Bundesebene erleichtern uns die Arbeit nicht. Umso mehr ist diese Anhörung auch dazu gedacht, darüber zu reden, was wir hier im Land Berlin leisten können.

Wir haben als Tagesordnungspunkt noch etwas, das von meinem Koalitionspartner auch in der Vergangenheit mit größerer Leidenschaft angegangen wurde, als es vielleicht von meiner Partei der Fall war. Das ist die Herausforderung, wie wir mit dem Solidarischen Grundeinkommen umgehen. Ich will das voller Wertschätzung sagen, auch wenn ich zu denen gehörte, die vorher kritisch waren: Es gibt durchaus den einen oder anderen Staat, auch in der Europäischen Union, der das sehr positiv bewertet, und ich finde, es ist unsere Verantwortung, genau hinzugucken, welche Elemente in diesem Projekt vielleicht gut waren und übernommen werden können. Da freuen wir uns heute auch über Ausführungen dazu und zu der Fragestellung, was man vielleicht an Ideen und Anregungen mitnehmen kann, um weitere Projekte in Berlin zu entwickeln. Die, die es schon gibt – es sind ja schon viele gute da – wollen wir gemeinsam in dem Maße in die Zukunft führen, dass sie die Menschen noch effektiver in Arbeit bringen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Dr. Pätzold! Dann kommen wir zur einleitenden Stellungnahme der Senatorin. Frau Senatorin hat uns eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht, und da ist sie auch schon. – Sie haben das Wort!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Die PowerPoint-Präsentation gliedert sich in zwei Bereiche, ein bisschen Statistik, aber Frau Knie-Nürnberg ist ja heute hier, sodass ich die Statistik sehr kurz mache. Sie ist die Expertin dafür.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Trotzdem wollte ich natürlich als Arbeitssenatorin noch mal ein paar Zahlen an die Wand werfen. Ich freue mich auf jeden Fall, dass wir uns in dieser heutigen Ausschusssitzung mit dem Thema der Langzeitarbeitslosigkeit beschäftigen. Das ist ein wichtiges Thema für Berlin. Es ist kein neues Thema. Es hat auch strukturelle Hintergründe. Wenn man Berlin im Zeitverlauf mit anderen Bundesländern vergleicht, waren wir bei der Arbeitslosenquote, aber auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit, in der Vergangenheit nicht anders unterwegs. Es ist also kein neues Phänomen, aber es ist eine Herausforderung, die wir immer begleitet haben und die natürlich auch bleibt. Wenn Sie hier auf den Chart schauen, sehen Sie die dunkle Einfärbung. Berlin ist mit einer Arbeitslosenquote von 10,1 Prozent im Bundesländervergleich auf Platz zwei. Bremen hat 11,2 Prozent. Das ist natürlich auch aufgrund der wirtschaftlichen Lage so,

der Rezession in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit steigt überall, aber es ist so, dass wir in dem Bereich hier eben auf Platz zwei sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung haben wir in den vergangenen Jahren sehr gute Erfolge erzielen können. Hier ist die Datenlage jetzt nicht ganz aktuell, aber das ist statistisch anders nicht handhabbar. So liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2025 bei etwa 1,68 Millionen. Das ist ein großer Fortschritt in Berlin, der hier erzielt worden ist. Wir hatten große Zuwächse in den vergangenen Jahren. Wir haben jetzt im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 3 650 Personen. Dieser Rückgang sagt einem absolut vielleicht nichts, aber im Vergleich, im Zeitverlauf ist das ein sehr geringer Rückgang, den wir hier verzeichnen. Insofern können wir davon ausgehen, dass die Beschäftigungsentwicklung stabil geblieben ist. Für den Ländervergleich liegen für Oktober 2025 diese Zahlen vor. Berlin gehört zu den Ländern, in der die Beschäftigung zum Vormonat leicht gestiegen ist. Sie hat im Oktober auf Basis der vorläufig hochgerechneten Werte im Vorjahresvergleich lediglich um minus 0,4 Prozent abgenommen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie sieht es mit der Langzeitarbeitslosigkeit aus? Hier sehen Sie auf der Folie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit seit 2015. Oben sind die Jahresdurchschnittswerte und unten die Monatswerte dargestellt. Wie eingangs gesagt, nach mehreren Jahren guter Arbeitsmarktentwicklung kam der Coronaschock, das sehen Sie hier auch an dem Einbruch, und dann natürlich ein struktureller Anstieg der Arbeitslosigkeit. Bei der Langzeitarbeitslosigkeit sehen wir während der Pandemie einen besonders hohen Sockel. Berlin war auch in der Coronapandemie sehr stark davon betroffen. Die nächste Zeile, das ist auch eine Statistik der BA, der Regionaldirektion, ist auf Berlin und den Bund runtergebrochen. Ich will noch mal sagen, obwohl wir strukturell im Bundesländervergleich mit unseren Arbeitslosenzahlen hoch sind, stehen wir bei der Langzeitarbeitslosigkeit nicht so ganz schlecht da. Wir sind im Bundesländerranking auf Platz drei, also Bayern, Baden-Württemberg und dann Berlin. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 35,8 Prozent. Berlin hat eine Langzeitarbeitslosenquote von 32 Prozent. Das heißt, wir stehen mit unserer Langzeitarbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt sehr gut da.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist aus meiner Sicht auf die Beschäftigungsfördermaßnahmen der letzten Jahre in Berlin zurückzuführen. Das wird hier wirklich sehr gut gemacht, auch in den Vorgängerregierungen. In Berlin investieren wir im Vergleich zu anderen Bundesländern zusätzlich in die Beschäftigungsförderung, da unsere Herausforderungen auch größer sind, und mit unseren Maßnahmen, mit unseren landesseitigen Instrumenten erreichen wir 65 000 Menschen. Denn, das hat auch Herr Pätzold gesagt, Arbeit ist wichtig. Arbeit ist sinnstiftend. Arbeit bedeutet für viele Menschen viel, und Arbeit ist auch kostengünstiger als Langzeitarbeitslosigkeit. Deshalb lohnt es sich auch als Land Berlin, in diese Maßnahmen zu investieren, in die Qualifikation und in den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sie kennen die Maßnahmen des Senats. Wir haben ein breit aufgestelltes Netz zur Förderung von arbeitslosen Menschen und zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Wie gesagt, wir haben im letzten Jahr 65 000 Berlinerinnen und Berliner von den Angeboten der Landesbeschäftigungsförderung erreicht. Diese Menschen profitieren davon – Beratung, Coaching bis hin zur Qualifizierung und Beschäftigung –, damit wir eben auch neue Wege in Gute Arbeit einschlagen können. Diese Instrumente stehen für Nähe, für Verlässlichkeit und Qualität, und sie bieten auch die passgenaue Unterstützung. Sie haben vielleicht bei den Diagrammen gesehen, dass wir zwar langzeitarbeitslose Menschen haben, wir nicht ganz so schlecht dastehen wie andere Bundesländer, dieser Sockel aber auch sehr stabil ist. Wir konnten den Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit durch diese Maßnahmen auch so halten. Das werden wir auch in Zukunft tun.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit sind unsere Angebote wichtiger denn je, und wir wollen damit auch zeigen, dass wir in Berlin für diese Menschen Verantwortung übernehmen. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass wir trotz des Konsolidierungsdrucks, den wir haben, Prioritäten setzen konnten. Ja, es ist so: Das Solidarische Grundeinkommen läuft aus, aber Sie wissen, dieses Instrument war immer für fünf Jahre angelegt, und es ist Ende letzten Jahres ausgelaufen. Die europäische Ebene wurde benannt. Ich war im November in Brüssel, und meine Fachverwaltung hat in Europa sehr erfolgreich ein Projekt gepitcht, das Projekt BRIDGES. Wir versuchen, für den öffentlichen Beschäftigungssektor dieses Projekt oder die Projektphase einzuführen. Das ist, glaube ich, auch ein guter Erfolg, der zeigt, dass Europa auch an unserem Programm oder dem Instrument Solidarisches Grundeinkommen interessiert ist, womit wir Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können. Die Evaluation zum Solidarischen Grundeinkommen werden wir dieses Jahr vornehmen. – Danke schön!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir zu unseren Anzuhörenden. Ich vermute mal, Frau Knie-Nürnberg, Sie fangen an und danach Herr Dr. Lindemann. Ungefähr fünf Minuten, Sie bekommen irgendwann, wenn Sie darüber hinausgehen, von mir böse Blicke zugeworfen. Ansonsten haben die Abgeordneten im Anschluss die Möglichkeit, Fragen zu stellen, auf die Sie dann selbstverständlich ausführlich antworten können. So sind hier die Spielregeln. – Bitte schön, Sie haben auch eine PowerPoint mitgebracht.

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): Ich habe auch eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht, um mich gut an die fünf Minuten zu halten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wunderbar!

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die heutige Einladung. Die Zeit reicht auf alle Fälle, um Ihnen auch von unserer Seite ein ganz wunderbares neues Jahr zu wünschen!

Langzeitarbeitslosigkeit, ein Blick nach Berlin, und zuallererst gestatten Sie mir, einmal kurz in ganz schwierige Unterscheidungen einzusteigen. Wir haben, wenn wir über Langzeitarbeitslosigkeit reden, einmal die klassische Langzeitarbeitslosigkeit, die wir meinen, die über die Dauer exakt definiert ist: Wie lange findet jemand keinen Job? Und wir haben die klassische Definition des Langzeitleistungsbezuges. Da fragt die Definition: Wie lange bekommt jemand Geld, staatliche Unterstützung im Bereich der Grundsicherung, des Bürgergeldes? Mir ist wichtig, an dieser Stelle einmal deutlich zu machen, dass die eine Gruppe und die andere Gruppe nicht identisch sind. Deshalb möchte ich heute gerne kurz auf beide Gruppen in der Struktur eingehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich werde mit dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit starten und kann mich hier der Vorrede der Senatorin anschließen. Wir sehen sehr deutlich, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt den klassischen Konjunkturzyklen folgt. Arbeitslosigkeit und Konjunktur hängen zusammen, und man sieht hier sehr deutlich, dass die Zeit der wirtschaftlichen Flaute sich auch im Arbeitsmarkt niederschlägt, auch in Berlin. Wir sehen aber an dieser Stelle auch sehr deutlich, dass die Kurve der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich flacher verläuft und sich dann so darstellt, dass Berlin sich in der Bundesrepublik auf Rang drei wacker schlägt, also drittniedrigste Langzeitarbeitslosigkeitsanteile. Langzeitarbeitslosigkeitsstatistik ist der eine Teil, Langzeitarbeitslosigkeit in der menschlichen Betrachtung der andere. Wir alle wissen, Langzeitarbeitslosigkeit führt auch dazu, dass Menschen krank werden, psychisch und physisch. Deshalb ist auf alle Fälle in diesem Kontext ein großer Augenmerk auf die Entwicklung zu legen, natürlich neben dem Bedarf in den Unternehmen, und auch, wenn der jetzt vielleicht etwas verhalten ist: Er wird auf alle Fälle, wenn die Demographie noch stärker zulegt, auch wieder auf die Menschen zurückgreifen müssen, um gut in Wirtschaft und Arbeit zu investieren.

Wenn man etwas genauer hinguckt, möchte ich Ihren Blick noch mal auf die letzte Grafik lenken: Wie gelingt es, Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren? Da können wir für 2025 feststellen, dass wir mit 12 500 Menschen einen deutlich höheren Abgang aus der Langzeitarbeitslosigkeit in Arbeit erreichen konnten, als in 2024, wo die arbeitsmarktliche Lage noch eine andere war, sodass sich auch hier bestätigt: Das gemeinsame Agieren mit der Senatsverwaltung, den Agenturen und den Jobcentern, auch in diesem Bereich, ist durchaus von Erfolgen gekrönt. Wenn man darauf guckt: Wer geht denn so aus der Langzeitarbeitslosigkeit ab? –, dann sind die eine Hälfte Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung, was aber auch dazu führt, dass die andere Hälfte aus Bereichen im Expertenstatus, also Akademiker – dazu komme ich gleich noch – und auch von Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gebildet wird. Unser Arbeitsmarkt in Berlin ist glücklicherweise sehr vielschichtig.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn Arbeitslosigkeit entsteht, lohnt es sich auch immer etwas mehr, in den Markt zu schauen: Aus welchen Segmenten kommen denn Menschen, werden Menschen arbeitslos? Ich habe Ihnen hier einmal die Branchen mitgebracht, die 2025 besonders starke Freisetzungen hatten. Sie sehen hier unter anderem auch einen großen akademischen Bereich, der Bereich IT. Hier macht sich die Transformation schon sehr bemerkbar. Wir sehen wirtschaftliche Dienstleis-

tungen, die von der Reinigung über die Sicherheit bis zu Hausmeister, Büro-, Garten- und Landschaftsberufen einschlagen, die auch den größeren Part mit Menschen aus Segmenten ohne Berufsausbildung beinhalten. Wir sehen aber auch im Gesundheits- und Sozialwesen einen dynamischen Markt, der freisetzt. Hier macht sich schon deutlich, dass ein Teil der Arbeitslosigkeit in den nächsten sechs Monaten auch wieder beendet werden wird, weil der Markt in den Segmenten Gesundheit, Pflege, Erziehung, aber auch in allen anderen Bereichen, in Berlin sucht. Es ist auch Licht, wo Schatten ist. Er zeigt auf der anderen Seite, in welchen Berufen auch Langzeitarbeitslose eine Heimat finden, sodass auch hier klar ist: Auch unsere Unternehmen in Berlin geben langzeitarbeitslosen Menschen eine Chance.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der letzte Punkt, den ich mit Ihnen noch teilen möchte, ist die Struktur des Langzeitleistungsbezuges. Ich möchte Ihren Blick einmal auf die Dauer lenken: Welcher Anteil kriegt dort auch schon länger als fünf Jahre Langzeitleistungen? –, und darauf, dass auch jeder fünfte Mensch, der arbeitet, Langzeitleistungsbezieher ist, neben der Arbeit also auch ergänzende Leistungen aus der Grundsicherung erhält.

Ich möchte meinen Vortrag mit einem Headliner abschließen. Wir gucken ja immer ganz besonders auf die jungen Menschen in Berlin und die Jugendarbeitslosigkeit, die für uns alle ein Signal zum Handeln ist. Auch hier kann ich bestätigen, dass der Anteil der jungen Menschen unter den Langzeitarbeitslosen in Berlin unter dem Schnitt des Bundes liegt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! – Herr Dr. Lindemann, Sie haben das Wort! Haben Sie auch eine PowerPoint-Präsentation?

Dr. Kai Lindemann (BALZ): Nein, habe ich nicht. Ich will Sie jetzt nicht enttäuschen. – Zuerst mal herzlichen Dank für die Einladung und einen schönen guten Morgen. Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! Es ist ein enorm wichtiges Thema, und natürlich hätte ich Ihnen jetzt eine 30-seitige PowerPoint-Präsentation machen können, aber ich will nur ein paar Stichpunkte reinwerfen und freue mich auch auf die Diskussion.

Gestatten Sie mir zwei Sätze vorab, out of the box sozusagen, weil mich das mit der Kältehilfe ein bisschen bewegt hat: Wir als BALZ waren sofort dran, nachdem die Kältebusse angezündet wurden, ob unser Beratungsbuss ein guter Ersatz sein kann, und wir haben nach Gesprächen mit der Stadtmission Hinweise bekommen, dass die technischen Voraussetzungen nicht ganz so ideal wären. Aber, und das wollte ich nur kurz loswerden, die deutliche Botschaft: Es mangelt in der Stadt nicht an Bussen, die als Kältebusse geeignet wären. Das wollte ich noch mal sagen. Daran liegt es nicht. Es liegt eher an anderen Dingen.

Nun zum wichtigen Thema Langzeitarbeitslosigkeit, gerade für Berlin. Viele von Ihnen kennen uns als BALZ. Dazu möchte ich gar nicht viel sagen. Wir sind die älteste Erwerbslosenberatung in Berlin, die es noch gibt, seit 1980, und wir haben inzwischen 10 Mitarbeitende. Im letzten Jahr hatten wir round about 7 000 Beratungen, also zu SGB II, Bürgergeld und Arbeitslosengeld. Damit komme ich auch zu unserem Thema. Wenn wir die 7 000 Beratungen einigermaßen aufschlüsseln, dann zeigt sich eigentlich schon seit Jahren: ein Drittel ist Arbeitslosengeld I. Da sind wir die, ich will nicht sagen einzigen, aber vielleicht die bekanntesten in der Stadt, die dazu beraten. Da gingen die Zahlen zur Bürgergeldeinführung ein we-

nig zurück. Seit letztem Jahr sind sie wieder steigend. Aber das ist auch normal. Das wird auch die Regionaldirektion bestätigen können. Das zweite Drittel ist ein chronisches Problem, was wir haben, das sind die sogenannten Aufstockenden, also die Erwerbstätigen, die Bürgergeld aufstockend beziehen. Wir haben verschiedenste Kombinationen, da möchte ich gar nicht groß ins Detail gehen. Aber nur, damit das mal gesagt wurde: Es gibt auch Aufstockende von SGB III zu SGB II, es gibt Aufstockende, die nur aus dem SGB III aufstocken und, und, und. Das sind immer sehr komplexe Fälle. Die komplexen Fälle landen bei uns, die komplexen und problematischen Fälle. Das ist normal. Das letzte Drittel ist für uns interessant. Das sind die klassischen SGB-II-Fälle, Langzeitarbeitslose. Wir haben es eben schon gehört, ein klassischer Fall ist männlich, leicht überwiegend männlich, häufig über 55 Jahre alt, schwierige Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Was wir als BALZ beobachten, das wurde auch schon mal angedeutet, aber es wird wirklich immer heftiger, ist, dass wir bei diesem einen Drittel zunehmend psychische Belastungen, psychische Erkrankungen haben. Wir haben auch oft, und das will ich mit aller Deutlichkeit sagen, suizidale Fälle, die wir an die entsprechenden Institutionen verweisen, natürlich bei uns um die Ecke in Moabit. Da haben wir eigentlich auch eine relativ gute Infrastruktur um das Beratungszentrum herum. Es sind schwierige Beratungssituationen. Unsere Beratenden müssen ständig in Schulungen gehen, also seit ein paar Jahren, und immer häufiger. Solche Fälle werden natürlich eingehend bei uns diskutiert, was wir daraus machen. Die Beratungszeit ist unheimlich lang, weil sich Menschen mit psychischen Belastungen, Erkrankungen natürlich weniger konzentrieren können, häufig aggressiv werden. Was wir auch beobachten, ist jetzt im letzten Jahr, dass häufiger auch Frauen mit solchen Auffälligkeiten bei uns in die Beratungssituation kommen. Das kann man auch gar nicht mit einer Altersgruppe eingrenzen. Das ist durch die Bank so. Arbeitslosigkeit macht krank. Das wurde eben schon mit aller Deutlichkeit gesagt, gerade auch Langzeitarbeitslosigkeit.

Wir sehen auch immer diesen Dreischritt, der bekannt ist: Arbeitslosigkeit führt oft zu Beziehungslosigkeit und irgendwann zu Wohnungslosigkeit. Gerade, wenn die Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr dauert, werden die Menschen mutlos. Dann fühlen sie sich entwürdigt, und eine Ursache der ganzen Geschichte, das ist auch gar nicht von der Hand zu weisen: Wir haben eben gerade die Vermittlung in AÜG gesehen, also in Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeit, Zeitarbeit. Die Dequalifizierung, die durch eine Langzeitarbeitslosigkeit einsetzt, ist natürlich ein Punkt, der, sagen wir mal, psychisch gesehen nicht ohne ist, gerade wenn es Menschen sind, die am Ende ihrer beruflichen Laufbahn stehen, also über 55 Jahre alt, die kurz vor der Rente stehen. Wenn man dann noch mal so einen Dequalifizierungsschlag bekommt, dann hinterlässt so etwas auch Spuren.

Letztendlich ist es auch ein – das hören wir auch immer wieder von den Jobcentern – schwer vermittelbares Klientel, das dann häufig sehr beratungs- und betreuungsintensiv ist. Das sind auch immer die Hintergründe in den Zahlen, wenn Termine nach einer gewissen Zeit nicht mehr eingehalten werden et cetera. Da führen wir nach unserer Beratungstour mit den Geschäftsführungen der Jobcenter in Berlin auch immer wieder unsere Abschlussgespräche. Überall zeigt sich eigentlich dasselbe Bild: Letztendlich kostet die Betreuung und die Beratung von Menschen, die länger arbeitslos sind – da wir ja heutzutage bei Sozialpolitik immer gerne über Kosten reden –, einfach deutlich mehr, als bei Menschen, die fünf Monate arbeitslos sind et cetera. Wenn man in Deutschland – wir haben bei der Kinderarmut ähnliche Rechnungen – bezüglich sozialer Missstände mal ein bisschen mehr in die Prävention gehen wür-

de, dann würde man da viel Geld sparen. Andere Länder sind da weiter, da will ich jetzt nicht groß einsteigen. Wir sehen das in Skandinavien, in der Schweiz, die das Thema Langzeitarbeitslosigkeit viel besser auf dem Schirm haben. Aber das muss man auch mit aller Deutlichkeit sagen: Dazu zählen in diesen Ländern auch Maßnahmen, die wir hier in Berlin traditionell seit einigen Jahren haben, sowohl ÖBS als auch SGE. Das sind Dinge, die auch in skandinavischen Ländern eine große Rolle spielen. Was ist der Effekt dieser Maßnahmen? Der Effekt ist ganz einfach. Es ist nicht so, dass SGE und ÖBS in erster Linie auf Bildung fokussieren, auf morgens früh aufstehen oder wie auch immer, sondern – das nehmen wir von Menschen, die nach einer langen Arbeitslosigkeit wieder in Arbeit kommen, auch so wahr – es sind die kollegialen Beziehungen, es ist die anerkannte Leistung, die soziale Teilhabe, wieder dort zu stehen, was bei uns in der Gesellschaft die Norm ist, die uns natürlich in den Sozialstaatsdebatten – und nicht nur uns, sondern auch den Betroffenen – ständig vor Augen geführt wird. Man ist in dieser Gesellschaft, ich sage es mal ein bisschen krass, nur etwas wert, wenn man im Arbeitsleben steht, und das hinterlässt natürlich auch Spuren. Das sehen wir auch bei den Leuten, die gar kein Bürgergeld, gar keine Sozialleistungen beantragen, weil sie sich dadurch einfach enorm entwürdigt und diskriminiert fühlen. Das ist der Punkt, natürlich auch immer mit einem guten Auskommen, das sollte man nicht unerwähnt lassen. Natürlich müssen die Menschen Geld haben, von dem sie leben können.

Zwei Dinge – und damit komme ich zum Ende und freue mich dann viel mehr auf die Fragen – möchte ich noch kurz ansprechen, die mir bezüglich der Frage guter Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit wichtig erscheinen. Das eine ist Coaching. Das sage ich jetzt nicht einfach nur, weil wir in Berlin wirklich gute Programme haben, die eben auch schon angesprochen wurden, sondern weil es auch im letzten Jahr Bewegung bei dem Thema gab. Es gab diese wunderbare Studie von der EFAS – das ist eine evangelische Einrichtung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Träger in Deutschland, bei der wir als BALZ auch Mitglied sind –, die das noch mal deutlich gemacht hat, dass es gerade beim Wiedereinstieg von Langzeitarbeitslosen vor dem Hintergrund der Belastung, die ich eben schon angesprochen habe, wichtig ist, wenn sie, ich sage es mal so salopp, eine gewisse Zeit lang einen Coach an der Hand haben. Ich habe eben schon ein Zeichen bekommen. Zwei kurze Zahlen möchte ich noch in die Runde werfen, wo wir als BALZ auch immer ein großes Augenmerk drauf haben, große Hoffnungen haben. Das sind natürlich die allseits bekannten Maßnahmen nach § 16 i und § 16 e und wie sie jetzt auch nach der Reform – – oder sagen wir mal so, ob Sie nach der Reform ein bisschen mehr Power bekommen oder nicht. Das beobachten wir hier in den Gesprächen auch immer bezüglich der zwölf Jobcenter, die diese Maßnahmen sehr unterschiedlich umsetzen. Damit bin ich am Ende. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Dr. Lindemann! – Dann kommen wir jetzt zu den Abgeordneten. Wir haben folgende Wortmeldungen: Herr Wappler, Herr Kurt, Herr Valgolio, Frau Wojahn, Herr Pätzold, Herr Meyer, Frau Auricht und Frau Schubert. Wir sammeln die Fragen. Wenn es zu viel wird, geben Sie mir gerne ein Zeichen, auch hier auf meiner Rechten, und dann machen wir einen Break und nehmen die anderen Wortmeldungen später dran. – So, Herr Wappler, bitte schön.

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Wir Grünen hatten zusammen mit dem Thema Langzeiterwerbslosigkeit in Berlin auch den Punkt: Wie weiter mit dem Solidarischen Grundeinkommen? auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu hat sich auch der Kollege Professor Pätzold vorhin schon bemerkenswert differenziert geäußert. Ich würde sagen, das wird oft als Prestigeprojekt oder so etwas beschrieben. Das mache ich mir ausdrücklich nicht zu eigen; auch dass das ein teurer Schlag ins Wasser gewesen sei und was da alles kolportiert wird, ist so nicht richtig. Die erstrebte Wirkung, also die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, war sicher gering, aber gleichzeitig haben wir eine große integrative Leistung gesehen. Es konnten vielen Menschen Perspektiven und Teilhabe gegeben werden, und deshalb ist das eigentlich auch exemplarisch für die Anhörung hier, da wir es nach wie vor mit einem großen Anteil langzeiterwerbsloser Menschen zu tun haben. Die Zahlen sind nicht gut. Gerade die jüngste Entwicklung gibt erheblichen Anlass zur Sorge. Da kann die Senatorin noch so lange sagen: Regt euch nicht auf, woanders ist es schlimmer. – Und wir führen die ganze Debatte darum, wie wir langzeiterwerbslosen Menschen helfen, im Moment unter verschärften Bedingungen: einmal die Kürzungen im Berliner Landeshaushalt und dann die willkürlich von der Bundesregierung vom Zaun gebrochene Debatte über Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger, die unsäglich ist.

Ich habe zum Solidarischen Grundeinkommen eine Menge Fragen an den Senat, aber ich würde mal mit den Anzuhörenden anfangen. Jetzt sitzen Sie nun direkt nebeneinander, und da kann vielleicht auch Herr Dr. Lindemann noch mal ein bisschen konkreter über seine Erfahrungen mit den Berliner Jobcentern berichten. Die sind, glaube ich, ziemlich vielfältig. Da kommt es tatsächlich auch auf die Geschäftsführungen an. Was – und da interessiert mich natürlich auch die Meinung der Regionaldirektion – können die Berliner Jobcenter für die Wertschätzung und die Stärkung des Selbstwertgefühl der betroffenen Langzeiterwerbslosen tun, und wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das jetzt diskutierte Sanktionsregime? Ich weiß nicht, ob die Arbeitsagentur alles dazu sagen kann, was sie gerne sagen würde, aber jedenfalls würde mich da die Bewertung interessieren, da damit auch eine zunehmende Diffamierung von Leistungsempfängenden verbunden ist, die sicherlich auf die beschriebenen psychischen Belastungen, die Sie genannt haben, verschärfende Auswirkungen haben.

Ich sehe auch hier, dass verstärkter Druck auf die Empfängerinnen und Empfänger ausgeübt wird, sich in prekäre Beschäftigungen zu begeben. Vielleicht können Sie dazu auch aus fachlicher Perspektive noch mal etwas sagen. Das Coaching, das Sie für die Eingliederung ins Arbeitsleben angesprochen hatten, war zentraler Bestandteil des Solidarischen Grundeinkommens. Eigeninitiative ist wichtig, aber das ist tatsächlich immer ein Zusammenwirken, gerade auch, wenn es um solche Basics geht, wie die Organisation des Alltags oder den Umgang mit Belastungen und den Resilienzaufbau. Da ist die Frage: Wie geht das jetzt – das wird sich dann auch an den Senat richten – mit den Coachingmaßnahmen weiter? Die Koalition hat jetzt wieder noch ein bisschen Geld draufgelegt. Aber tatsächlich ist es, glaube ich, so, dass wir da viel mehr Bedarf haben, der unzureichend gedeckt ist.

Noch ein Punkt: Die Verantwortung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Da sitzt nun leider heute keiner hier. Aber tatsächlich geht es darum, dass Unternehmen diese Menschen einstellen, dass sie auch Geringqualifizierten Weiterbildungen anbieten. Die Frage ist, wie kann – das kann die Arbeitsagentur vielleicht ganz gut sagen – auf Unternehmen zugegangen werden, damit Langzeiterwerbslose und Berliner Unternehmen besser zusammenfinden? Man meint, der Arbeitskräftemangel müsste die Bereitschaft, auch ungelernte Beschäftigte einzustellen und weiter zu qualifizieren, erhöhen, aber im Moment beobachten wir das noch nicht. Welche Möglichkeiten haben Sie da, auch auf die Firmenkultur und die Unternehmensführungen einzuwirken? Die anderen Fragen zum Solidarischen Grundeinkommen gehen an den Senat. Die würde ich in der zweiten Runde stellen. Ich weiß nicht, ob wir sie bekommen, aber ich würde mich dann vorsorglich gleich noch mal melden. Die würde ich dann an den Senat stellen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Sehr schön. – Herr Kurt!

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Senatorin, für die Präsentation! Das würde ich mir öfter wünschen, auch bei anderen Themen. – Vielen Dank auch noch mal an die Anzuhörenden! Wir kriegen in dieser Stadt ein Riesenproblem, weil die Mieten steigen, weil das Leben teurer wird und weil der Arbeitsmarkt gerade nicht in einer guten Verfassung ist. Wir haben die Debatte nicht nur bei den Jugendlichen und bei den jungen Heranwachsenden, also bei der Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Wir sehen sie auch bei der Frage der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir als Grünenfraktion haben dazu auch ein Fachgespräch durchgeführt, weil wir ein großes Interesse daran haben, dass Berlin mehr Instrumente in die Hand nimmt und alles dafür tut, um langzeitarbeitslose Menschen stärker zu unterstützen.

Was mich noch mal interessieren würde, Frau Senatorin: Können Sie uns bitte die Zahlen zum Jobcoaching nennen? Denn eine Erkenntnis aus dem Fachgespräch war, was hilft, ist Coaching, und wenn ich mir jetzt die Zahlen anschau, die Sie dargestellt haben – – Das ist meine Frage sowohl an die Bundesagentur als auch an den Senat: Wenn der Großteil der Menschen keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, dann haben wir den klassischen Drehtüreffekt, dass es dann meistens Arbeitsangebote gibt, in denen sich die Menschen vielleicht ein Jahr halten, wenn sie viel Glück haben – das ist immer auch abhängig von der Konjunktur, gerade im Dienstleistungsbereich –, und dann stehen die wieder bei Ihnen vor der Tür. Ich kenne die Debatte auch aus dem Bildungsausschuss. Da gibt es das elfte Pflichtschuljahr. Aber mich würde da schon interessieren: Wie setzen wir in Berlin besser da an, dass wir diejenigen, die bei Ihnen durch die Tür reinkommen, bevor sie zu Langzeitarbeitslosen werden, und man sieht, die haben keine abgeschlossene Berufsausbildung – – Natürlich kann man dann die Frage stellen, ob wir bei der kindlichen Bildung anfangen müssten. Das können wir aber nicht tun. Die Leute sind da. Wie kann man da qualifizieren? Mich würde auch in Richtung Senatsverwaltung und Bundesagentur interessieren: Was ist mit Weiterbildungen, Weiterqualifizierungen? Es gibt auch Leute, die einen Abschluss haben, aber vielleicht ist der auf dem aktuellen Arbeitsmarkt eben nicht mehr das wert, was er vor 20 Jahren wert war. Wie stellen wir sicher, dass die Menschen weiterhin Weiterbildungen bekommen? Krisenjahre sind immer auch Bildungsjahre, wo Berlin jetzt auch rein investieren muss. Es ist natürlich fatal, dass da jetzt im Haushalt Mittel gekürzt worden sind.

Aber mich würde das Thema mit dem Coaching und den Qualifizierungen interessieren, und mich würde auch noch mal interessieren, ob Sie uns vielleicht ein bisschen aufschlüsseln und differenzieren könnten, wie sich diese 65 000 oder 69 000, je nachdem welche PowerPoint man gerade gesehen hat, zusammensetzen. Wie gehen Sie da ran? Wenn Sie einen Abgang von 12 000 Menschen pro Jahr haben, wird danach entschieden, dass man die, die am einfachsten zu vermitteln sind, in den Arbeitsmarkt vermittelt werden? Können Sie uns aufschlüsseln, wie sich diese Langzeitarbeitslosigkeit nach Jahren zusammensetzt? Wer ist zwei Jahre langzeitarbeitslos, und wer ist vielleicht auch zehn Jahre langzeitarbeitslos? Das, was ich erlebe, ist, dass wir am Ende des Tages oft von denselben Menschen reden. Wir reden ganz oft von Alleinerziehenden, die ein Riesenproblem haben, in den Arbeitsmarkt vermittelt zu werden, weil sie einfach die Frage der Kinderbetreuung haben und auch steuerrechtlich schlechter gestellt sind, von ihrem Lohn nicht leben können und vielen sozialen Zwängen unterworfen sind. Können Sie uns das noch mal ausführen: Wie sieht es mit den Alleinerziehenden aus? – , gerade, weil wir in Berlin das Problem haben, dass die Altersarmut steigt, und die steigt bei den Frauen.

Die zweite Frage ist: Wie sieht es bei den Familien aus? Ich habe eine Sozialtour durch acht Bezirke gemacht. In allen acht Bezirken habe ich dasselbe Bild gesehen. Ich habe Familien, die viele Kinder haben, die in kleinen Wohnungen leben, wo es Eltern gibt, die mit 18 Jahren das erste und im Zweifel auch mit 30 Jahren das sechste Kind kriegen, die dann – – Das ist kein Vorurteil für alle, man muss es differenzieren. Mir geht es darum, dass wir versuchen, diesen Menschen zu helfen, dass sie in Arbeit kommen. Es geht auch um eine Vorbildfunktion innerhalb der Familien. Wie kann man die unterstützen? Denn da ist auch das Problem – das hat auch Herr Wappler angesprochen – mit dem Bürgergeld, mit der Anrechnung. Wie geht man damit um, dass es Haushalte gibt, die sagen: Wenn ich das jetzt mache, dann wird mir alles wieder abgezogen, lohnt es sich also überhaupt, an der Stelle tätig zu sein?

Die dritte Frage, die ich habe, ist im Bereich des Bürgergelds. Wenn es jetzt diese massiven Verschärfungen gibt, und die werden kommen, und wir auf der anderen Seite einen Arbeitsmarkt haben, der sich abkühlt: Wohin werden die Leute denn vermittelt? Wohin führt denn dieser Druck? Wir brauchen die Jobs dafür, und das würde mich mal interessieren. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke, Herr Kurt! – Nur kurz mal der Hinweis: Frau Knie-Nürnberg hat bis 11.30 Uhr Zeit. Sie möchte auch sicher noch antworten. Co-Referate können in der Länge also vielleicht ein bisschen reduziert werden, und wir können uns vielleicht darauf verständigen, Fragen zu stellen und diese in den Vordergrund zu stellen. – Herr Valgolio, versuchen Sie es doch noch mal!

Damiano Valgolio (LINKE): Ich tue mein Bestes, lieber Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank!

Damiano Valgolio (LINKE): Die große Einflugschneise warum wir Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen müssen, hat Martin Pätzold schon völlig richtig genommen. Da möchte ich nur hinzufügen: Das ist nicht nur ein nice to have, sondern in Berlin auch Verfassungsauftrag. Denn in unserer Landesverfassung steht das Recht auf Arbeit. Insofern sind wir zur Arbeitsmarktförderung verpflichtet. Wir diskutieren hier, was man gegen Langzeitarbeitslosigkeit machen kann, vor dem Hintergrund des Auslaufens des Solidarischen Grundeinkommens, des

SGE-Projekts. Es ist auch richtig, das zusammen zu diskutieren, und da haben wir die Situation, dass es, nach dem, was wir vom Senat wissen, derzeit schlicht kein Nachfolgeangebot gibt. Die Mittel für Arbeits- und Ausbildungsförderung im jetzt beschlossenen Doppelhaushalt sind im Vergleich zum Vorgängerhaushalt um ungefähr 20 Prozent gekürzt worden. Das ist erst mal die Situation, die wir haben. Insofern, wenn ich jetzt Fragen dazu stelle – wie es mir der Vorsitzende aufgetragen hat –, wie man die Langzeitarbeitslosigkeit am besten bekämpft, müssen wir schon im Hintergrund die große Frage haben: Wo soll das Geld herkommen, und was hat der Senat da in der Richtung vor? Das ist sicherlich die allgemeine Fragestellung.

Jetzt zu den konkreten Fragen: Klar, es geht um eine Bewertung des Auslaufens des SGE. Die richtige Evaluation wird im zweiten Halbjahr 2026 noch kommen, das haben Sie schon angekündigt. Dafür muss man sich auch ein bisschen Zeit nehmen. Es ist so, meine Kollegin Katina Schubert und ich haben schon mal in einer Anfrage an den Senat nachgefragt und dankenswerterweise ein paar gute, ergiebige Zahlen von Ihnen bekommen. Die kennen Sie möglicherweise auch schon. Es ist so, dass die ungefähr 1 000 Teilnehmenden des SGE nur zu ungefähr 10 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden sind, aber zu fast zwei Dritteln wieder in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind, und zwar dann, wenn man die Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst dazu nimmt und die Weiterbeschäftigung bei den sozialen Trägern, die vorher die SGE-Arbeitgeber waren. Insofern glaube ich, ist das erst mal keine schlechte Bilanz von dieser Klientel, die Dr. Lindemann richtig beschrieben hat. Zwei Drittel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bekommen, ist, glaube ich, erst mal kein schlechtes Ergebnis. Deswegen jetzt meine Frage, vor allem an Sie beide: War das ein Erfolgsrezept, oder was war das Gute an diesem Projekt? Was müsste vielleicht verbessert werden, wenn es irgendwann mal eine andere Regierung gibt, die dafür auch wieder die Ressourcen zur Verfügung stellt? Was muss man dann anders machen bei solchen Projekten der Beschäftigungsförderung? Anders gefragt: Was sind insgesamt die Hebel, die solche Beschäftigungsprojekte erfolgreich machen? Sie hatten jetzt schon einen genannt, nämlich Coaching, aber möglicherweise gibt es noch mehr. Was sind die Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen, damit man diese Kolleginnen und Kollegen wieder dauerhaft in Arbeit bringen kann? Das ist die erste Frage an Sie beide.

Dann zweite Frage, auch an den Senat: Unsere Anfrage hat ergeben, dass von den SGE-Teilnehmenden, die eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst erhalten haben – das ist ungefähr ein Drittel der Gesamtteilnehmenden –, ungefähr 10 Prozent schon wieder aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden und in die Arbeitslosigkeit gegangen sind. Das bedeutet also, die Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst war nicht besonders erfolgreich für diese Menschen. Anders gesagt, das ganze Geld, das über fünf Jahre investiert worden ist, ist eigentlich verschenkt, wenn die in den öffentlichen Dienst kommen und dann nach relativ kurzer Zeit schon wieder raus sind. Nach unserem Eindruck war es so, dass diese Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst für diejenigen, die keine andere Beschäftigung gefunden haben, vom Senat und von einzelnen Senatsverwaltungen im letzten Jahr relativ widerwillig angeboten worden ist, weil die einzelnen Senatsverwaltungen unter dem Kürzungsdruck eigentlich nicht unbedingt Geld hatten, um da Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen anzubieten. Deswegen ist meine Frage: Ist es nicht vielleicht so, dass das SGE, das ein sehr teures und wie wir anhand der ersten Zahlen gesehen haben, auch erfolgreiches Projekt war, ein Stück weit im letzten Jahr in dieser Kürzungssituation des Senats an die Wand gefahren worden ist, weil eben nicht ernsthaft geguckt wurde: Wo kann man diese Menschen sinnvoll

dauerhaft weiter im öffentlichen Dienst unterbringen? Das ist die dritte Frage, vor allem natürlich an den Senat, aber auch die Anzuhörenden sind gerne eingeladen, etwas dazu zu sagen.

Vierte und letzte Frage, hatte ich schon angedeutet: Wenn das SGE-Projekt trotz dieser Kritik, die ich gerade erwähnt habe, eigentlich eine relativ erfolgreiche Nummer war, ist es da nicht ziemlich besorgniserregend, dass es kein richtiges Nachfolgeprojekt gibt? Unsere Position ist nicht, dass man das SGE, so wie es war, weiterführen sollte. Das sagen wir gerade nicht, denn es war eine ziemlich teure Angelegenheit, was vor allem daran lag, dass der ursprüngliche Plan, da einen Passiv-Aktiv-Transfer hinzubekommen, dieses Projekt also mit den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit zu bezahlen und mit den Mitteln Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, gerade nicht funktioniert hat, sondern es musste komplett aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Damit war es natürlich ein absolut teures Projekt. Deswegen sagen wir nicht, dass es fortgesetzt werden soll, aber so ganz auf ein Nachfolgeprojekt, irgendeine strukturierte, auch finanziell untersetzte Maßnahme gegen Langzeitarbeitslosigkeit, kann man, denke ich, angesichts der Arbeitsmarktzahlen, die wir jetzt gerade haben, nicht verzichten. Deswegen meine vierte und letzte Frage an den Senat: Haben Sie wirklich nichts in der Hinterhand, was jetzt nach dem Auslaufen des SGE eingesetzt werden könnte?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Valgolio! – Dann Frau Wojahn.

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! Ich kann sehr gut daran anknüpfen. Ich möchte diese Frage zu einem Nachfolgeprojekt oder der Möglichkeit eines Nachfolgeprojekts im Rahmen des Passiv-Aktiv-Transfers auch an Frau Knie-Nürnberg richten. Frau Bärbel Bas hat angekündigt, hier auch die Bundesmittel zu erhöhen. Wo sehen Sie da Möglichkeiten, dass wir im Rahmen des Passiv-Aktiv-Transfers solche Nachfolgemaßnahmen im Land Berlin einsetzen?

Meine zweite Frage ist bezüglich der Weiterbildung. Ende Dezember ist eine große Weiterbildungsoffensive im Bund gestartet worden. Wie weit ist der Ausbau von Weiterbildungsagenturen? Wir als Grüne haben uns im Bund erfolgreich für das Weiterbildungsgeld eingesetzt sowie für die Einrichtung von Weiterbildungsagenturen, und zwar bei den Jobcentern direkt. Inwieweit ist genau dies schon geschehen, und was sind die zentralen Punkte dieser Weiterbildungsoffensive, die der Bund gestartet hat? Wir wissen, dass in der ganzen Weiterbildungslandschaft ein Qualitätscontrolling notwendig ist, aber auch eine Anpassung der Maßnahmen zur Qualifizierung an die Erwartungen des heutigen Arbeitsmarktes und die Bedarfe der Arbeitslosen, oder eigentlich muss man aus meiner Sicht besser, konkreter und präziser sagen: der Erwerbslosen. Es sollen vom Bund auch die Mittel der Jobcenter für die Eingliederung erhöht werden, aber auch die Verantwortung der Jobcenter, um individuelle Maßnahmen genauer zu gestalten. Mich würde interessieren – auch an Sie Frau Knie-Nürnberg und Sie, Herrn Lindemann –, welche Bewegung sehen Sie da in diesem Sinne? Tatsächlich ist sowohl das Coaching aus unserer Sicht eine zentrale Maßnahme, die effizient ist, aber auch die maßgeschneiderten Maßnahmen, also die individuellen Maßnahmen sind es. Denn wie Herr Lindemann dargestellt hat, handelt es sich wirklich um konkrete Schicksale, um multiple Hemmnisse. Hier muss also wirklich genauer hingeschaut werden, nicht einfach Standardmaßnahmen für Menschen, die überhaupt nicht dafür geschaffen sind oder damit nichts anfangen können. Diese individuelle Berücksichtigung würde mich interessieren, inwieweit sie jetzt bei den Jobcentern umgesetzt wird.

Dann auch eine Frage an den Senat: Wir haben das Jobcoaching, und das Coaching beim SGE war auch ein zentrales Element. Inwiefern ist es aus Sicht des Senat wichtig, das Coaching so aufeinander aufzubauen? Ich vermute, ein Element, warum Menschen wieder aus der Beschäftigung rausgehen, ist, dass die Begleitung im Arbeitsleben für die Beschäftigten sinkt. Wir sind auch Verfechter von modularen, aufeinander aufbauenden Coachingprogrammen, die keine Übergänge oder Lücken lassen, sondern den Menschen tatsächlich gezielt und nachhaltig helfen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wollen wir noch weiter sammeln? Ich schaue kurz – da wird genickt. Gut, dann sammeln wir weiter. – Herr Pätzold, vielleicht kriegen Sie es mit Blick auf die Uhr ein bisschen knackiger hin.

Dr. Martin Pätzold (CDU): Die freundliche Aufforderung versuche ich natürlich sachgemäß umzusetzen, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank an die Anzuhörenden und an die Senatorin für Ihre Beiträge. Ich habe insgesamt sechs Fragen, von denen drei an Frau Knie-Nürnberg, drei an Herrn Dr. Lindemann und eine an die Senatorin gehen, und das wird jetzt spannend, wie ich die aufteile.

Erstens zur Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit, Frau Knie-Nürnberg, Sie haben es dargestellt: 50 Prozent sind nach Ihrer Darstellung unter 55 Jahren. Hat sich das in den letzten Jahren verändert, und wenn ja, wie? Zweite Frage, Frau Knie-Nürnberg, die geht auch an Sie, zum Aktiv-Team in Lichtenberg. Sie wissen, ich schätze es sehr, dass dort mit größeren Ressourcen, mit extremer persönlicher Betreuung gearbeitet wird. Wie ist Ihre Einschätzung? Lässt sich das auch noch auf andere Teams in Berlin übertragen? Welche Überlegungen gibt es, das auszubauen?

Die dritte Frage geht an Herrn Dr. Lindemann. Arbeitsmarktinstrumente, Sie haben es angesprochen. Wenn Sie mal darstellen könnten, § 16 e und § 16 i: Gibt es weitere Arbeitsmarktinstrumente, wo Sie sich Anpassungen wünschen? Viertens, Bildungsträger, da die Frage an Frau Knie-Nürnberg und Herrn Dr. Lindemann: Wie ist denn Ihre Einschätzung bei den Bildungsträgern, auch was die Notwendigkeiten angeht, zu unterstützen? Welche Veränderungen gibt es da, oder welche Veränderung sollte es noch geben? Das ist wahrscheinlich etwas, was dann noch stärker an Herrn Dr. Lindemann geht. Die fünfte Frage, Herr Dr. Lindemann, Sie haben es angesprochen: sozialer Arbeitsmarkt. Brauchen wir diesen nach Ihrer Auffassung in Berlin?

Die nächste Frage geht dann an die Senatorin. Wir beide kennen das noch aus dem Deutschen Bundestag. Ich habe mich als Anhänger der katholischen Soziallehre durchaus dafür eingesetzt, den Passiv-Aktiv-Transfer einzuführen oder stärker auszurichten, auch auf Bundesebene. Wie schätzen Sie dort die Diskussion auf Bundesebene ein? Kann das Land Berlin da nur begleitend unterstützen?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir haben jetzt fünf Wortmeldungen abgearbeitet. Wir haben noch fünf weitere. Ich würde vorschlagen, wir machen jetzt erst mal eine Antwortrunde, denn ansonsten wird es unfair und zu viel. Wer möchte anfangen? – Frau Knie-Nürnberg, bitte schön!

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): Herr Dr. Lindemann sagt, ich soll starten, dann werde ich das mal tun und mache das auch sehr gerne. – Herzlichen Dank erst mal für Ihre Fragen! Das zeigt, dass nicht nur wir uns hier mit dem Thema beschäftigen, sondern, dass es ein Thema der Stadt ist. Ich glaube, das ist für uns alle erst mal gut, dass uns die Menschen da am Herzen liegen. Ich werde mal mit der Frage: Wie ist denn die Struktur und der Mensch dahinter und was passiert da? – beginnen, und mich dann in die Instrumentensicht, die Unternehmersicht und die Sicht der Bildungsträger vorarbeiten. Ich fange mal an.

Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, ob in den Agenturen oder Jobcentern, immer zuerst versuchen, mit dem Bürger, mit dem Menschen, der ihm da gegenübersteht, eine persönliche Beziehung aufzubauen. Diese persönliche Beziehung ist für die Arbeit dahinter zentral. Wenn die gelingt und wenn die tragfähig ist, kann man auch das Thema Augenhöhe, Wertschätzung und persönliche Probleme immer besser besprechen, als ohne. Wie kann man so etwas tun, oder wie tun wir so etwas in den 12 Berliner Jobcentern? Wir haben in allen Berliner Jobcentern mit dem Fallmanagement spezialisierte Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere für die vielschichtigen Probleme, die bei vielen langzeitarbeitslosen Menschen leider einfach zusammenkommen, wirklich ausgebildet sind, die mit bedeutend mehr Zeit agieren und, wie Herr Dr. Lindemann sagt, auch ganz viel mit Coachinginstrumenten agieren. Die sind ganz anders ausgebildet. Sie sind zertifizierte Fallmanager, die sich dann auch mit systemischem Coaching inhaltlich gut auskennen, sodass wir auf alle Fälle für einen Teil der Menschen, die tatsächlich dieses besondere Betreuungsspektrum benötigen, auch vorbereitet und ausgebildet sind. Unsere Fallmanager haben aber eine zweite wichtige Funktion. Sie sind natürlich auch Ratgeber für die Vermittlungsfachkräfte, die jeden Tag mit der Kundschaft versuchen, das Beste zu leisten. Wir waren vorhin noch beim Thema Gesundheit. Häufig kommt das Thema Gesundheit leider hinzu, vielfach psychische Beeinträchtigungen, die sich in der Regel, das wissen Sie alle, mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer auch verstärken. Denn wenn das Geld knapp wird, sage ich immer, werden die Sorgen größer, und wenn die Entfernung hin zum nächsten Job oder zur nächsten Bewerbung immer größer wird, dann nimmt auch das Zutrauen, sage ich mal, in die eigene Person extrem ab.

Es gibt seit mehreren Jahren eine Kooperation zwischen der Deutschen Rentenversicherung, den Krankenversicherungen und den Jobcentern. Die Berliner Jobcenter beteiligen sich auch an dieser Kooperation. Team Arbeit heißt das. Da ist jetzt die fünfte Förderperiode zum 1. Januar 2026 gestartet, weil man mit diesem Projekt gesundheitsorientierte Arbeitsförderung auch einen Bereich geschaffen hat, der es ermöglicht, auf beide Inhalte einzugehen. Last but not least ist es mittlerweile so, dass alle unserer Jobcenter auch aufsuchende Elemente haben, Kooperationen mit den Stadtteilzentren und mit den relevanten Netzwerken. Sie haben es gerade gesagt, es gibt jedes Jahr auch die Abstimmung in den Häusern vor Ort: Wie kann was besser werden? Wir sind immer bemüht, die Menschen da zu erreichen, wo sie stehen.

Das leitet mich gleich über in das Thema: Wie ist denn das in der Zukunft? Wir erwarten neue rechtliche Regelungen, die wir immer dann begrüßen, wenn sie Bürokratie abbauen, der Mensch aber auch Mensch bleibt. Ich bin zuversichtlich, dass mit den jetzigen Verhandlungen und durch die besondere Rücksichtnahme auf Gesundheit, die uns dann in der Umsetzung auch ins Hausaufgabenheft geschrieben wird, genau diese Menschen, die wirklich nicht kön-

nen, aus Gründen, die an ihrer Gesundheit liegen – – dass wir da auf alle Fälle aufsuchend tätig werden müssen. So sieht es der aktuelle Entwurf vor.

Zum Thema Vermittlungsvorrang, Sie haben es ein Stück weit unter dem Bereich prekäre Beschäftigung angerissen, würde ich gerne mal den Blick auf den Berliner Arbeitsmarkt richten. Prekäre Beschäftigung zieht sich durch die Struktur des Berliner Marktes und geht hoch bis in Unis, Hochschulen, auch in Start-ups, in Projektgeschäfte. Deshalb würde ich gern unterscheiden: Es gibt durchaus die Beschäftigung, die befristet ist, die aber eine gute Beschäftigung ist, weil sie die Menschen in ihrer Kompetenz fördert, weil sie Beschäftigungsfelder anbietet, die sie brauchen, und weil sie auch gut bezahlt ist. Deshalb würde ich auch da noch mal hingucken. Wir haben einen ganz unterschiedlichen Markt in Berlin, der uns in der Wirtschaft auch stark macht. Das haben wir während Corona gesehen, wir hatten nicht die Beschäftigungsverluste, die wir in anderen Bundesländern gesehen haben, und wir erleben hier in Berlin auch jetzt nicht die Situation von Bayern und Baden-Württemberg. Der Ausblick für Berlin, für die Hauptstadtregion, ist für 2026 positiver als für viele Bundesländer, wahrscheinlich nicht im ersten halben Jahr, aber die aktuelle Prognose des IAB sagt sehr deutlich für das zweite Halbjahr, dass die Beschäftigung in Berlin wieder anziehen soll. Wir hoffen und wünschen uns natürlich, dass wir alle gemeinsam das Zutrauen – das hat auch viel damit zu tun, wie wir uns äußern – hier in dieser Stadt weiter wecken können.

Sie haben gerade dazu, was Unternehmen hilft, und zu gelernter und ungelernter Beschäftigung gefragt. Wir haben in Berlin durchaus auch einen Beschäftigungsmarkt für Menschen, die keine Berufsausbildung haben. Der ist da, und wir sehen, dass er auch in Zeiten der Transformation über die letzten zehn Jahre fast stabil blieb. Der Markt, der sich verändert, ist der Markt der Fachkräfte, die durch Digitalisierung, Automatisierung und Co. tatsächlich große Veränderungen erleben. Ich sage mal als Beispiel: Ihr habt es bei den Kaufleuten für Tourismus erlebt, als Corona kam, als Booking kam, als die Plattformen kamen, man kennt es ganz viel aus dem Bereich der Buchhaltung. Guckt in die Apps, da sieht man es, die Steuererklärung kann jeder selber machen. Ich hatte gestern gerade ein großes Treffen mit einem Verband, einem Finanzdienstleister, der sagt: Mensch, wir brauchen selbst unsere Steuerberatung gar nicht mehr, da gibt es gute Abrechnungsprogramme. – Will sagen, wir haben hier einen Markt, der durchaus auch Menschen ohne Berufsausbildung langfristig beschäftigt.

Ich will auch noch mal eine Lanze für die Unternehmen brechen, zumindest für einen Teil, die in der Zeitarbeit arbeiten. Die sind in Berlin vielfach die Anbieter, die unbefristete Arbeitsverträge anbieten und schon lange nicht mehr mit dem Thema Befristung arbeiten, denn in den Zeiten, wo es eine arbeitsmarktliche Hochlage war, gab es viel Beschäftigungsaufwuchs in allen Bereichen. Sie sind tatsächlich auch eine Brücke für Menschen. Ich denke, es ist an dieser Stelle immer wichtig, gut hinzugucken. Nicht jedes Unternehmen bietet die gleichen Beschäftigungsbedingungen an, darauf muss man achten. Es gibt einen Gesamtverband der Personaldienstleister, die sich Werten und Ethikkriterien verpflichten, die in der Regel schon beim Einstiegsgehalt anfangen, über dem Mindestlohn zu zahlen. Ich glaube, man muss in dieser Differenziertheit in den Berliner Markt gucken.

Was hilft, ist zum einen die Transparenz, dass Unternehmen ihre Stellen melden, denn wir können dann miteinander schauen, wo es Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, und können gezielt unterstützen. Für uns ist das eine Grundlage. Wir waren gerade im Fördergeschäft. Eine gute Förderung kann ich nur anbieten, auch mit § 16i oder 16e, wenn Unternehmen bereit sind, ihre Beschäftigungsmöglichkeiten transparent darzulegen. Das ist das, was ich mir wünsche. Das Zweite ist, dem Thema Qualifizierung wirklich einen hohen Stellenwert beizumessen, ob das vor der Jobaufnahme oder im besten Fall schon im Job ist. Im Job ist es immer die

bessere Möglichkeit, denn der Mensch hat dann schon ein Entgelt, und wir können den Unternehmer durch die Lohnentschädigung – ich mache es jetzt mal einfach – so unterstützen, dass, wenn der Mitarbeiter in der Qualifizierung ist, wir den Arbeitsentgeltausfall erstatten. So hat der Unternehmer die Qualifizierung, die er braucht, und der Mensch den Lohn, den er braucht, um gut anzukommen.

§ 16i, 16e: Instrumente der sozialen Teilhabe brauchen eine finanzielle Ausstattung, und die muss gesichert sein, damit wir sie an den Mann und an die Frau bringen. Es ist mit dem Jahr 2026 ein Mü mehr an Eingliederungstitel da. Für § 16i ist aber die große Not immer bei den sogenannten Verpflichtungsermächtigungen, sprich, bei den Bindungen für das nächste Jahr. Da wäre mein Wunsch, dass Sie uns für diese guten Instrumente mit unterstützen, die Stimme erheben, sodass wir diese Mittelausstattung dann auch für Berliner Jobcenter so bekommen, dass wir die Instrumente gut einsetzen können. Denn aktuell ist insbesondere bei § 16i der limitierende Faktor der Haushalt, der uns dort bindet. Ansonsten fokussieren wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen auch diese Instrumente, neben den ganz bekannten, um Menschen wirklich in Lohn und Brot zu kriegen. Wir freuen uns über Unternehmen, die ihre Türen öffnen. Wir haben Vorbildunternehmen, zum Beispiel auch landeseigene Betriebe, wie die Wasserwerke, die BVG, die Stadtreinigung, die auch und immer wieder sagen: Neben dem klassischen Unternehmertum haben wir eine soziale Verantwortung und wollen ganz bewusst Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit oder in schwierigen Bedingungen Arbeitsmöglichkeiten anbieten.

Die frühzeitige Aktivierung – ich gehe mal ein Stück weiter – ist da das Maß der Dinge. Alle Befunde, die wir haben, bestätigen, vor der Langzeitarbeitslosigkeit anzusetzen. Aber ich möchte hier noch mal deutlich machen: Auch da müssen wir unterscheiden. Sie haben die Familienstrukturen dargestellt, wo Menschen sehr lange Leistungen beziehen. Ich möchte noch mal sagen, viele von denen sind nicht wirklich langzeitarbeitslos, sondern der Langzeitleistungsbezug kommt aus der Familienstruktur und aus der Mietstruktur. Sie haben es angesprochen: Wenn zwei, drei Kinder da sind, die im Kleinkindalter sind, nur ein Partner arbeiten kann und Miete zu bezahlen ist, dann reicht in bestimmten Berufszweigen das Entgelt nicht aus. Aber die Menschen sind definitiv nicht langzeitarbeitslos. Auch hier ist es für uns im Kontext von Familienstrukturen immer wichtig – wir sind mit dem Senat an einer Seite und fokussieren schon über mehrere Jahre das Thema Alleinerziehende –, Brückenfunktionen zu bilden. Besonderer Fokus in unseren Jobcentern, aber auch der besondere Fokus, wenn Kinder in Familien sind: Die Kinder sollen nicht in Epochen von Arbeitslosigkeit hineinwachsen, sondern bei der Familie ist immer der Blick darauf zu richten, dass mindestens einer, der nicht die Kinderbetreuung hat, durch eine sehr enge Betreuung in Richtung Arbeit unterstützt wird. Wichtig sind dabei Einstiegstätigkeiten, die wir für dieses Klientel brauchen, Einstiegstätigkeiten bei Unternehmen. Dabei ist von uns der Wunsch an die Unternehmen, hinzugucken: Kann ich Tätigkeiten anders bündeln? Wie kann ich Tätigkeiten schaffen, um einen Einstieg hinzubekommen? – Denn wir haben von Herrn Dr. Lindemann gehört, wenn der Einstieg geschafft ist, und der Mensch es auch schafft, insbesondere vor dem Hintergrund gesundheitlicher Einschränkungen, die Arbeit dauerhaft auszuüben – Das waren auch Erfahrungen, die wir miteinander gemacht haben, nicht nur beim SGE, sondern in vielen anderen Projekten, dass die Gesundheit es manchmal nicht zulässt, dass der Mensch weitermachen kann, das gehört leider auch zur Wahrheit dazu, obwohl er weitermachen wollte. Wir haben viele erlebt, die auch in anderen Förderungen bei § 16i und 16e sehr traurig waren, wenn sie dann aus ge-

sundheitlichen Gründen aufhören mussten. Aber hier sind die Einstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Die Förderungsmöglichkeiten dafür sind allemal da.

Sie haben noch die Frage gestellt: Was funktioniert gut? – Ich gucke mal zu Ihnen, Frau Klaus-Schelletter, wir sind letztes Jahr noch mal mit dem Thema soziale Betriebe an den Start gegangen. Ich glaube, da gelingt gerade viel, ein gutes Projekt, wo klassische Unternehmen so etwas wie einen sozialen Arbeitsmarkt realisieren, für Menschen mit Problemen. Da ist jetzt, glaube ich, im Miteinander viel gelungen, und es wird mit Sicherheit noch mehr gelingen, auch in diesem Jahr. Für uns ist das mit der Senatsverwaltung zusammen ein Fokusprojekt, aber ich denke, ihr werdet noch etwas dazu sagen.

Letzter Satz: Weiterbildungsagenturen waren ein Thema. Wie schafft man es, einen einfachen Zugang zur Weiterbildung für Menschen in dieser Stadt zu organisieren? – Wir haben seit fast zwei Jahren [weiterbildung.berlin](#) als Kooperationsprojekt. Wir haben eine große Beratungslandschaft zur Weiterbildung in Berlin. Es ist für die Menschen schwierig, einen einfachen Zugang dazu zu finden. Wir haben uns unter dem Dach [weiterbildung.berlin](#) zusammengeschlossen, die Jobcenter, die Arbeitsagentur, die Senatsverwaltungen, auch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, die Kammern. Alle stehen dahinter, sind unter [weiterbildung.berlin](#) für Unternehmen, für Menschen, für jeden, der an Weiterbildung interessiert ist, erreichbar. Man kann uns anrufen, man kann uns besuchen, man kann uns auch eine Mail unter [weiterbildung.berlin](#) schreiben. Der Vernetzungsgedanke ist seit zwei Jahren tatsächlich erlebbar und in der Stadt vorhanden, wie es das Prinzip der Weiterbildungsagenturen verlangt und erwartet.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank!

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): Jetzt habe ich noch eines offen, wenn ich darf, es gab noch eine Frage. Herr Dr. Pätzold, Sie haben mich zum Thema 25- bis 45-Jährige gefragt, also unter 55-Jährige in der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir sehen, dass diese Anteile über die Jahre nahezu gleich blieben. Das liegt einfach an den Hemmnissen, neben der Gesundheit – das war im Raum – ist es das Thema größere Familienstrukturen, Kleinkindbetreuung unter drei Jahren, also die Sorgearbeit, was diesen Anteil nicht groß hin und her verschiebt. Wir sind, glaube ich, alle große Anhänger vom Aktiv-Team. Eine frühzeitige und sehr enge Aktivierung ist der zweite Erfolgsgarant, um Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus zu begleiten.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: So, jetzt aber! Vielen Dank, Frau Knie-Nürnberg! – Jetzt kommen wir zu Herrn Dr. Lindemann. Ich möchte darauf hinweisen, gleich auch schon mal für die fünf Wortmeldungen, die wir noch haben: Wir sollten um halb fertig sein. Wir haben noch eine lange Tagesordnung, und eine Anzuhörende muss uns verlassen. – Bitte schön!

Dr. Kai Lindemann (BALZ): Ich gebe Gas und versuche, das ein bisschen zusammenzufassen. Es waren nicht so viele Fragen wie bei Frau Knie-Nürnberg. – Zwei Dinge, die das vielleicht ein bisschen auf den Punkt bringen, die ich voranschicken möchte: Ich möchte auch noch mal sagen, dass das, was ich jetzt sage, auf unseren Beratungserfahrungen beruht. Das sind qualitative Beratungserfahrungen über Jahre hinweg. Ich oute mich hier, ich bin ein Skeptiker von zwei Dingen. Zum einen halte ich das Thema Tagesablauf für ein sehr schwieriges Argument, was hin und wieder mal im Zusammenhang mit Coaching et cetera auftaucht, einfach auch vor dem Hintergrund: Wir haben dann immer irgendwie so einen 55-jährigen

alten Mann vor Augen, der gerne mal eine Flasche Bier trinkt und morgens nicht hoch kommt. Menschen, die arbeitslos sind, sind eine unheimlich bunte Zusammensetzung. Es gibt keine Gruppen, auch wenn wir immer gerne dazu neigen, irgendwelche Leute unter irgendwelchen Krempel zu packen.

Zum Thema Tagesablauf also nur ganz kurz: Es gibt unheimlich viele Menschen, die arbeitslos sind, die ihre Angehörigen pflegen, nur mal als kleiner Hinweis zum Tagesablauf. Da ist der Tagesablauf nicht von ihnen bestimmt, sondern von den Angehörigen, die gepflegt werden müssen. Ich belasse es jetzt bei dem Beispiel. Wo die Frage des Tagesablaufs beim Coaching ansetzt – da gibt es Beispiele beim Jobcoaching –, ist dort, wo die Coaches mit den Arbeitgebern in Kontakt treten und sie besänftigen, beruhigen, dass sie die Leute nicht gleich rausschmeißen, weil sie einen Tag mal nicht um 8 Uhr auf der Matte standen. Das ist so ein Punkt. Frau Wojahn hat es angesprochen, das hat sie genau auf den Punkt gebracht: Es geht beim Coaching nicht einfach nur darum, dass man hin und wieder mal mit den Leuten redet, sondern darum, dass Menschen begleitet und betreut werden, dass eine individuelle Betreuung da ist. Da will ich gar nicht groß einsteigen. Wir können uns darüber Gedanken machen, wer das bei solchen Fällen leisten sollte und muss. Unter dem Strich rechnet sich das mehr, als wenn die Leute weiter langzeitarbeitslos bleiben. Das nur kurz zum Thema Tagesablauf, zu meiner Auffassung und dazu, was ich auch aus der Beratungserfahrung mitbringe.

Ein anderes Thema, das ein bisschen komplexer und schwieriger ist: Ich will gar nicht mit steilen Thesen kommen, bin aber auch ein bisschen skeptisch bei dem ewigen Fokus auf Weiterbildung. Wenn wir uns Menschen über 50 angucken, die keinen Berufsabschluss haben et cetera: Zum einen fällt es den Leuten schwerer, in dem Alter zu lernen, und zum Zweiten stellt sich die grundsätzliche Frage, die Frau Knie-Nürnberg eben noch mal belegt hat: Ist das überhaupt notwendig? Gibt es überhaupt einen Markt für die, wenn die mit 58 noch mal einen Berufsabschluss gemacht haben? Welche Arbeitgeber sagen dann: Wow, Mensch, den nehme ich sofort! –, wenn es nicht auch einen Markt für Menschen in Berlin gibt, der stetig da ist – das will ich nicht wiederholen, das hat sie gesagt –, wo man sie durchaus unterkriegen könnte?

Ich möchte das mit einer Sache kurz belegen. Es gibt eine IAB-Studie vom Herbst des letzten Jahres. Da wurden Armutsbetroffene nach dem gefragt, was sie brauchen, was ihnen am meisten fehlt. Das ist natürlich Geld, Gesundheit steht an zweiter Stelle, an letzter Stelle war die Frage von wenigen Bildungsmöglichkeiten. Die Betroffenen selbst sagen nicht, dass sie keine Bildungsmöglichkeiten haben. Sie haben welche. Damit will ich jetzt nicht, um Gottes Willen, verstehen Sie mich nicht falsch, die Weiterbildungsindustrie irgendwie – – Man muss das ein bisschen differenzierter betrachten, denn wenn es heißt, kein akademischer Abschluss, kein Berufsabschluss, dann ist nicht gleich der Umkehrschluss: Diese Leute müssen einen Berufsabschluss, einen akademischen Abschluss bekommen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. Diesen Umkehrschluss halte ich für schwierig.

Nächster Punkt, die Frage von Herrn Valgolio tauchte auch noch an anderen Stellen auf, SGE, öffentlicher Beschäftigungssektor, warum die Leute dann nicht in die Privatwirtschaft kommen et cetera. Ich sage es mal so salopp: Wenn die Privatwirtschaft diesen Menschen keine Chance gibt, aber der öffentliche Sektor ihnen eine Chance gibt, dann ist das ein gutes Vorbild. Denn der Punkt ist der: Arbeitgeber geben bestimmten Menschen keine Chance, um es mal ganz einfach zu sagen. Andere Länder sind da weiter, die Schweiz und Schweden haben

Schlüssel dafür, dass Langzeitarbeitslose eingestellt werden sollen, das ist altes Beispiel von mir. Da ist man ein bisschen weiter, und es geht nicht immer nur um diesen Elefanten im Raum. Bei der arbeitsmarktpolitischen Diskussion steht immer der Elefant im Raum: Was wollen die Arbeitgeber? – Und wir geben ihnen Geld mit § 16i, 16e et cetera. Ich stimme Ihnen völlig zu, man muss sich auch darüber Gedanken machen, was bei wirtschaftlichen Dingen immer die Frage ist, bezüglich der Flexibilität. Man kann denen natürlich nicht abverlangen und sagen, in drei Jahren noch, dann muss man sich über die Maßnahmen Gedanken machen, wie man die ein bisschen passgenauer machen kann. Man kann Arbeitgebern auch gesetzliche Verpflichtungen, wie bei Schwerbehinderten, auferlegen, dass sie einen gewissen Anteil an Langzeitarbeitslosen einstellen sollen, wie in der Schweiz und in Schweden. Wenn sie das nicht tun, zahlen sie einen Teil, wie beim Schwerbehindertenschlüssel, ganz einfach. Das sind Ideen, um die wir in Deutschland immer noch herum tänzeln. – [Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD)] – Ja, nicht alles ist Sozialismus! Dann ist die Bibel auch Sozialismus. Man muss mal ein bisschen aufpassen mit seinen Sozialismusmythen.

Aber gut, machen wir weiter bei den wichtigen Sachen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Entschuldigung, ganz kurz! Herr Lindemann, Sie haben das Wort! Ich verbitte mir Kommentare. Wenn Sie sich zu Wort melden wollen, dann tun Sie das, ansonsten halten Sie sich mit Kommentaren zurück, ganz besonders in Bezug auf das, was hier von unseren Anzuhörenden geäußert wird, egal von welcher Seite, das interessiert mich gerade nicht. – [Zurufe von Jeannette Auricht (AfD) und Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE)] – Auch möchte ich bitte hier keine Wortgefechte. Wir haben Zeitdruck, es geht alles von Ihrer Zeit ab. Frau Auricht, das gilt auch für Sie, was ich hier sage. – Bitte schön, Herr Dr. Lindemann!

Dr. Kai Lindemann (BALZ): Herr Pätzold hatte noch sehr wichtige Fragen, auf die ich kurz eingehen möchte. Herr Pätzold hat zu Recht gefragt: Was passiert in Berlin mit § 16i, mit 16e? – Ich möchte dazu jetzt nicht groß ins Detail gehen. Wir fragen bei unseren Abschlussgesprächen, die wir nicht mit allen Geschäftsführern in den Jobcentern führen, immer danach, wie viele Maßnahmen sie haben. Das ist sehr unterschiedlich. Wir haben es eben auch schon von Frau Knie-Nürnberg gehört: Es ist natürlich auch immer eine Budgetfrage, eine finanzielle Frage. Jedes Jobcenter macht es anders. Wir haben jetzt bei der Reform auch neue Impulse bekommen. Wir schauen genau darauf, ob die Jobcenter diese Maßnahmen in welchen Bereichen stärker durchsetzen können. Ich möchte nur eines sagen: Ich nenne jetzt keinen Bezirk, kein Jobcenter, aber es gibt § 16i-, 16e-Maßnahmen, die mit DHL-Paketboten ausgehandelt werden. Da gucken wir dann schon manchmal ein bisschen komisch, ob das jetzt ein Einstieg in den Arbeitsmarkt ist oder ob das ein Marktsegment ist, das man nicht auch anderweitig, auf dem normalen freien Markt bedienen kann. Da gibt es viele Bereiche, glaube ich. Darüber kann man sich Gedanken machen, aber es ist in Berlin nun mal ein bisschen schwierig. Wir haben zwölf Jobcenter, wir haben zwölf Bezirke, und Arbeitsmarktpolitik einheitlich zu machen, ist in diesem Land immer ein bisschen schwierig.

Herr Pätzold hatte auch noch mal nach der öffentlichen Beschäftigung gefragt. Ich glaube, dass öffentliche Beschäftigung in einem gewissen Kontext – das habe ich eben auch schon mal gesagt –, wenn es die Privaten nicht machen, durchaus sinnvoll ist. Ob die öffentliche Beschäftigung dann auch immer ein Einstieg – ich gehe noch mal darauf ein, das hat Herr Valgolio auch schon angesprochen – in den Arbeitsmarkt bezüglich privater Anbieter ist, das

weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. Man muss sich ein bisschen genauer Gedanken darüber machen, ob das der Maßstab ist, vielleicht bei jüngeren Leuten schon, bei älteren Menschen, die in solchen Programmen, wie dem SGE sind, denke ich, schon deutlich weniger. Es ist aber so – das habe ich auch von anderen kirchlichen Trägern gehört, wir waren als BALZ nicht die einzigen, die eine SGE-Stelle hatten –, dass das sehr unterschiedlich ist, wie sich das dann weiterträgt, auch in Wohlfahrtsverbänden, auch bezüglich der Kirchen als Arbeitgeber. Ich habe nur mitbekommen, dass es viele Fälle gibt, die nach einem Jahr – wenn man das SGE nur ein Jahr gehabt hätte – wieder auf der Nase gelandet wären. Da setzt ein gewisser Effekt erst nach zwei, drei Jahren ein, und die werden übernommen. Ich weiß jetzt nicht, inwieweit Kirchen als Arbeitgeber öffentlich oder privat sind, aber da gibt es einige Fälle.

Was ich jetzt mitbekommen habe – das war auch schon Thema –, ist, dass es, was BSR, BVG et cetera betrifft, gute Beispiele gibt, wo SGE-Stellen bei städtischen Trägern weiter gingen. Ich finde, es ist eine schwierige Debatte, will ich damit nur sagen, inwieweit wir öffentlich und privat genau trennen. Ich glaube, wir müssten ein bisschen andere Maßstäbe ansetzen. Letztendlich spielt natürlich im Endeffekt immer das Geld eine Rolle. Ich glaube, dass Menschen in solchen Programmen besser aufgehoben sind, als wenn sie weiter im Bezug von Arbeitslosengeld beziehungsweise Bürgergeld sind – neue Grundsicherung heißt das ab April vermutlich. Damit will ich es jetzt erst mal – ich weiß nicht, ob ich wirklich alle Fragen beantwortet habe – belassen.

Zwei Sätze vielleicht noch kurz zu Herrn Kurt: Was mir zumindest aus Agenturkreisen zu Ohren kam, ist, dass wir in diesem Jahr 2026 im Bereich Arbeitslosengeld SGB III in Berlin einen kalkulierten Zuwachs von 10 Prozent bekommen, im Bereich von SGB II – das ist immer eine Folge, das geht dann nachher weiter – sind es um die 8 Prozent, laut Arbeitsmarktmontitor. Wenn ich mir das und das, was hier in der Stadt passiert, anschau, haben wir als BALZ – das möchte ich hier nur noch mal ganz kurz loswerden – die größten Befürchtungen dabei, was den Wohnungsmarkt betrifft, in diesem Jahr gerade mit dem Wegfall der Karenzzeiten, mit den Mietspiegelsachen, Sie kennen das vermutlich alle, was im Gesetz steht. Da werden wir auf jeden Fall noch mal eine mächtige Welle haben. Wir haben schon jetzt viele Fälle in der Beratung, die mit großer Sorge bei uns reinkommen und fragen: Was kommt da auf mich zu? Wo soll ich denn im nächsten Jahr wohnen? Wohin soll ich denn ziehen? –, die dann noch Kinder, Familien haben et cetera. Das wird eine große Welle werden, und natürlich auch bei der Frage, wie ich gerade schon gesagt habe, der Alleinerziehenden. Da haben wir in der Beratung jetzt schon wirklich sehr komplizierte Fälle, und das macht es nur noch komplizierter. Wir wissen alle, dass man damit im Grunde genommen Kinderarmut produziert, wenn wir die Betreuungssituation auseinanderreißen, sage ich mal salopp. Das nur noch mal kurz zu dem Punkt Reformfolgen in dieser Stadt. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke schön, Herr Dr. Lindemann! – Frau Knie-Nürnberg, die Frage an Sie: Können Sie noch ein bisschen länger bleiben?

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): 15 Minuten, und dann renne ich.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Okay, gut! – Dann hat die Senatorin kurz das Wort. Wir haben danach sechs weitere Wortmeldungen. Ich will schon anmerken: In der Sprecherinnen- und Sprecherrunde werden wir darüber diskutieren, in welcher Reihenfolge wir hier in Zu-

kunft die Wortmeldungen drannehmen, denn das, was wir heute erlebt haben, geht nicht. – Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zum Glück bin ich in der Sprecherinnenrunde nicht dabei. Vielen Dank an die Anzuhörenden für die guten Antworten! Ich habe auch noch einige mitbekommen, die an mich gerichtet waren. Ich möchte als erstes die Äußerung von Herrn Wapler zurückweisen, ich hätte hier im Ausschuss in irgendeiner Form gesagt, wir sollten uns über die Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin keinen Kopf machen. Das habe ich nicht gesagt, das möchte ich hier noch mal deutlich machen.

Zu den Punkten, die an mich gerichtet wurden: Das war zum einen das PAT, der Passiv-Aktiv-Transfer. Ich habe das gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen auch in den Koalitionsverhandlungen thematisiert. Es war dort ein großes Thema, und wir waren uns einig, dass wir das gesetzlich verankern und ausbauen wollen. Der Entwurf zur Änderung des SGB II war kurz vor Weihnachten, am 17. Dezember, im Kabinett, und dort ist er auch vorgesehen. Es soll einen verlässlichen Finanzierungspfad geben. Es ist auch ein Anreiz, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wenn es diesen Passiv-Aktiv-Transfer gesetzlich verankert gibt. Den wird es in Zukunft geben, und das begrüßen wir sehr. Er hat natürlich auch Auswirkungen auf die Eingliederungstitel wie § 16i und 16e. Er soll ausgeweitet und auch dafür genutzt werden. Das ist auf jeden Fall sehr gut, wie ich finde.

Dann zum Solidarischen Grundeinkommen: Wie gesagt, hier wurden richtige Fragen gestellt, auch von Herrn Valgolio, auch, warum die Menschen nicht in den ersten Jahren in den ersten Arbeitsmarkt integriert wurden. Das hat verschiedenste Gründe, die wir im Rahmen der Evaluierung bewerten wollen, warum das nicht passiert ist. Es hieß „bis zu fünf Jahre“. Es wäre deutlich günstiger gewesen, wenn Menschen im zweiten, dritten Jahr integriert würden, aber das soll im Rahmen der Evaluation erfolgen.

Warum haben wir kein Nachfolgeprodukt? – Weil wir genau evaluieren möchten: Wenn Berlin ein solches Instrument neu auflegt, wie soll das gemacht werden? – et cetera.

Wir haben die Zeit genutzt, meine Verwaltung war sehr fleißig, um dieses Modell in Europa einzubringen und eine Förderung zu bekommen, wo wir das noch mal parallel zur Evaluierung des SGEs erproben können, das wir in Berlin hatten. Die Maßnahmen des Berliner Senats zur Beschäftigungsförderung sind sehr wirkungsvolle Maßnahmen. Es wurde zum Beispiel in Zusammenhang mit dem SGE das Jobcoaching erwähnt. Wir haben das Berliner Jobcoaching für 8 000 Menschen in Berlin, die nicht im SGE sind. Wir haben unsere sozialen Betriebe. Da sind wir in enger Kooperation mit der Regionaldirektion und wollen das auch in Zukunft ausbauen. Da geht es um marktnahe Betriebe, in denen Menschen ein Einstieg ermöglicht wird, und das dürfen wir alles nicht vergessen. Wir haben das Beratungszentrum, das wir noch mal gestärkt haben. Wir haben unsere Landesergänzungsfinanzierungen bei den Eingliederungstiteln. Ich weiß nicht: Welches Bundesland macht so etwas noch? Wir stocken diese Finanzierung auf 100 Prozent auf, und auch das wollen wir beibehalten. Da werden wir mit beiden Institutionen in Zukunft weiterhin sehr eng zusammenarbeiten. – Danke schön! Frau Klaus-Schelletter würde gerne ergänzen.

Sabrina Klaus-Schelletter (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich würde noch die restlichen offenen Fragen beantworten. Zur Frage: Wie wirkungsvoll ist das Berliner Jobcoaching? – Frau Kiziltepe hat es eben gesagt, dass wir im Jahresdurchschnitt 8 000 Menschen im Jobcoaching coachen, und wir haben auch im Jobcoaching eine Integrationsquote von 30 Prozent, plus 14 Prozent Integration in substanzielle Qualifizierung. Das heißt, wir haben eine Integrationsquote von 44 Prozent durch das Berliner Jobcoaching. Das Instrumentarium des Bundes ist im Rahmen des SGB II das erfolgreichste Integrationsinstrument mit § 16i in der Förderung, mit einer Integrationsquote von knapp 30 Prozent. Das zeigt, dass das hilft, wenn man es schafft, mit einem sehr engen Schlüssel Menschen sehr eng zu begleiten und sie sehr gut in ihren Arbeitsmarktbefürfnissen unterstützt.

Noch mal zum Erfolg des SGE: Auch hier haben wir bei den Integrationen ohne Integration in den Landesdienst einen Verbleib beim Arbeitgeber beziehungsweise Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Bei externen Arbeitgebern sind wir auch bei 33 Prozent. Es ist jetzt doch ein bisschen Geruckel in der Statistik, weil noch nicht alle Meldungen vorliegen, aber an den Anteilen wird sich nicht mehr viel ändern. Sie hatten eben noch mal gesagt: Na ja, externer Arbeitsmarkt. Bei den Trägern sind im SGE auch Träger sozialer Dienstleistungen, zum Beispiel Kitaträger. Da waren zum Teil auch fünf Jahre Menschen in der Förderung, weil sie eine Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin gemacht haben oder eine Ausbildung zur Sozialassistentin oder zum Sozialassistent. Auch dafür braucht es einen langen Zeitraum.

Um vielleicht noch mal die europäische Perspektive zu beleuchten: In Europa gibt es jährlich das Forum für soziale Innovation, wo innovative Ansätze in Europa gepitcht werden, und es gibt ein Gremium: Was ist sozial innovativ, was kann Europa weiterbringen? Wir sind unter die ersten fünf von 93 Pitches gekommen. Es wurde auch noch mal extern draufgeschaut. Ich wollte einfach noch mal eine andere Perspektive aufzeigen, weil wir in Berlin schon sehr eine Berliner Perspektive draufhaben. Auch bei BRIDGES sind wir unter 76 Anträgen eines von neun Projekten, die europaweit gefördert wurden, also auch da ein guter europäischer Erfolg. Wir machen das zusammen mit Dublin, Wien und Bologna. Warum machen wir das mit den Städten zusammen? – Weil sie sehr gute Erfahrungen im Bereich Gesundheit haben und wir so noch mal die Möglichkeit haben zu lernen: Wie kann man eigentlich Arbeitsmarktförderung so ausrichten, um Menschen mit speziellen Befürfnissen durch psychische Belastungen zu unterstützen? Da erhoffen wir uns noch mal einen Erfahrungszugewinn. Gleichzeitig ist inte-

ressant: In Bologna gibt es zusammen mit Arbeitgebern am ersten Arbeitsmarkt ein sehr großes Netzwerk, und auch dann noch mal zu schauen: Wie sieht da eigentlich die Kooperation aus? Was können wir da noch mitnehmen?

Zur Qualifizierung: Was wir machen aus der Beschäftigungsförderung, ist, wir machen immer nur nachrangig das, wo Lücken im Fördersystem sind. Wir fördern sehr niedrigschwellig Qualifizierung im Zugang, um Menschen überhaupt für Qualifizierung zu gewinnen. Auch da sind wir sehr stark im Ausbau und hatten dieses Jahr zum ersten Mal über 1 000 Teilnehmer in der Förderung. Im April sind wir mit einem neuen Fachkonzept gestartet, und die Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion und den Jobcentern klappt an der Stelle sehr gut. – Vielen Dank auch dafür!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Wir kommen zu den weiteren Wortmeldungen, und ich nehme zunächst Herrn Meyer und Frau Auricht dran, weil diese beiden Fraktionen heute überhaupt noch nicht zu Wort kamen. Wenn es Fragen an Frau Knie-Nürnberg gibt, dann können diese vielleicht noch schnell beantwortet werden. – Bitte schön, Herr Meyer!

Sven Meyer (SPD): Herzlichen Dank! – Ich mache es ganz schnell. Wir haben noch nicht so richtig über die Struktur des Arbeitsmarktes gesprochen beziehungsweise über die Struktur der Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir haben eine unheimlich hohe Sockelarbeitslosigkeit, aber eine relativ geringe Langzeitarbeitslosigkeit. Vielleicht können Sie dazu ein paar Worte sagen, wie diese Struktur zustande kommt und warum sie so spezifisch in Berlin ist, ob sie vielleicht vergleichbar ist mit anderen, insbesondere, weil Berlin durchaus ein höheres Wirtschaftswachstum hat, und trotzdem diese stagnierende Sockelarbeitslosigkeit, die sich verändert. Trotzdem: Was macht es aus, auch im Vergleich zu anderen Metropolregionen, wo ich gehört habe, auch das ist etwas Besonderes in Berlin? Berlin sticht heraus. Warum?

Daran angeknüpft dieselbe Frage an den Senat: Sehen Sie, dass Berlin auch spezifische Instrumente braucht, die andere Metropolregionen oder andere Bundesländer nicht brauchen? Was müssen wir da machen, weil wir eine sehr schräge, interessante, spannende Struktur haben? Gibt es dort auch Erkenntnisse innerhalb der Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit, also Langzeitarbeitslosigkeit ab einem Jahr? Wir haben dort sicherlich auch Differenzen, nicht nur in der Alterskohorte, sondern durchaus auch in Beziehung der Länge der Langzeitarbeitslosigkeit. Gibt es da irgendetwas Spezifisches, das Sie vielleicht mitteilen könnten, wo es darum geht: Brauchen wir spezifische Instrumente, die sich vielleicht auch noch verändern müssen? Ich gehe davon aus, dass der Arbeitsmarkt in Berlin auch in Veränderung ist. Müssen wir Strukturen anpassen? Wie sehen Sie das?

An Herrn Dr. Lindemann vielleicht noch ein Punkt: Sie hatten, das fand ich auch sehr wichtig, darauf hingewiesen, gerade in der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es viele mit psychischen Herausforderungen, die Herausforderungen in ihrem Leben haben, was dazu führt, dass sie Schwierigkeiten bekommen, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Coaching ist ein wichtiger Aspekt. Brauchen wir da noch andere Angebote? Gibt es da Angebote? Fühlen sich die Leute vielleicht manchmal auch alleingelassen? Ich glaube, das ist manchmal auch ein ganz großer Schlüssel für die, die einen längeren Zeitraum in der Arbeitslosigkeit sind. Wie kann das begleitet werden, oder sagen Sie: Nein, das ist etwas Gutes, höchstens ausbauen, aber ansonsten sieht die Struktur ganz gut aus?

Als letzten Punkt an den Senat bezüglich SGE: Das haben Sie im Grunde schon erwähnt, was die EU-Förderung anbelangt. Vielleicht können Sie noch zwei Worte sagen, wie es da aussieht, also was sich entwickelt. Gibt es da eine Perspektive, Zeitschiene? Wie ist da die Resonanz aus anderen Ländern? Das würde mich auch interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke schön, Herr Meyer! – Frau Auricht, bitte schön!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe eine Frage an Frau Knie-Nürnberg. Sie haben gesagt, der Hauptgrund ist die Unterqualifizierung von vielen Menschen, die langzeitarbeitslos sind. Ich bin auch viel in der Stadt unterwegs. Es gibt aber auch einen Arbeitsmarkt für nicht Qualifizierte oder wenig Qualifizierte. Die Standardinstrumente scheinen nicht so gut zu wirken, die Leute zu motivieren, sich auch für solche Jobs zu interessieren. Wie hoch ist denn die Quote – ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen haben – von den Leuten, die langfristig im ersten Arbeitsmarkt geblieben sind, nach Ende der Förderung? Haben Sie da eine Zahl, die die Finanzierung solcher Fördermaßnahmen rechtfertigt?

Dann würde ich gerne auf die Qualifizierungsmaßnahmen zurückkommen. Ich kenne die noch aus Wendezeiten. Ich weiß nicht, ob die Standards und die Qualität dieser Maßnahmen viel besser geworden sind. Vielleicht muss man darauf mal ein Augenmerk richten, dass man vielleicht mal sagt: Wir fördern nur noch Träger oder Maßnahmen, die dann auch wirklich anerkannt werden. Ich weiß aus Erfahrung, dass viele Arbeitgeber mit solchen Zertifikaten und Qualifizierungsmaßnahmen nicht viel anfangen können und sagen: Nein, das wollen wir nicht, das reicht uns nicht aus.

An Herrn Lindemann: Ich habe jetzt mal eine ganz provokante Frage. Wenn Sie sagen, Sie haben viele Menschen, die psychisch krank sind oder anderweitig verhindert, die kann man nicht mehr vermitteln, da haben Sie einen großen Aufwand, die irgendwann in den Arbeitsmarkt zu bekommen, mit wenig Erfolg. Wäre es da nicht besser, wenn man sie aus dem SGB II herausnimmt und ins SGB XII reinbringt, dass dieser Druck, dieser Beratungsdruck, diese ständigen Anschreiben, die Forderung, dass man zum Jobcenter kommen muss, dass man sich beraten lassen muss, wegfällt, dass man sagt: Okay, ihr seid hier raus, ihr seid nicht vermittelbar. Das muss man einfach auch mal anerkennen: Der geht jetzt in die Sozialhilfe rein. – Das ist nur eine provokante Frage, dass Sie mir die beantworten. Das war es erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Knie-Nürnberg, Sie haben das Wort!

Carina Knie-Nürnberg (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA): Zur Struktur der Arbeitslosigkeit in Berlin: Das ist eine sehr interessante Frage, die man aber leider nicht mit einem Satz beantworten kann, denn wir merken natürlich, dass Berlin immer mehr eine typische Hauptstadt wird. Es geht gar nicht darum, dass Berlin anders ist, sondern wir sind in einer Hauptstadtmetropole und haben diesen großen demographischen Zuzug in die Städte. Das sieht man auch in anderen Großstädten. Berlin wächst, und so verändert sich dann natürlich der Arbeitsmarkt. Er hat sich auch durch die zwei großen Fluchtkrisen verändert. Das muss man an dieser Stelle einfach sagen. Auch da ist der Zuzug in die Städte ein größerer Antrieb als in anderen Regionen. Deshalb muss man sehr genau hinschauen: Wie verändern sich aus diesen Konstellationen Arbeitsmarktquoten? Wenn viel mehr Menschen zuziehen, dann

braucht es eine gewisse Zeit, bis die ankommen und dann auch in Arbeit gehen. Unsere Arbeitslosigkeit muss man unterscheiden zwischen klassischer Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Wenn man die noch mal auseinandernimmt, hat man diese klassischen Konjunkturzyklen, also Arbeitslosigkeit folgt der Wirtschaft. 2019 hatten wir unter 40 000 Langzeitarbeitslose. Die Arbeitslosigkeit war so stark gesunken, dass das Thema Langzeitarbeitslosigkeit davon profitieren konnte. Also wann bin ich bereit als Unternehmer – – Da gucke ich erst mal, wie bekomme ich den Besten. Das ist logisch. Wenn ich Unternehmer wäre, ist das die erste Handlung. Ist der Erstbeste nicht mehr da, wie schaffe ich es, vielleicht den Zweitbesten oder jemand anderen in mein Unternehmen zu integrieren? Das sind die klassischen Fragen, die den Arbeitsmarkt in der Konjunkturlage dominieren. Zum aktuellen Zeitpunkt haben wir für die Unternehmer wieder eine Situation, wo viele sagen, auch die Unternehmen, die Nachwuchskräfte suchen: Ich konnte alle meine Ausbildungsstellen besetzen. Ich habe Bewerbungen bekommen, wie ich sie mir gewünscht habe. – Wir haben durch die Konjunktur deutlich mehr Freisetzungen von Menschen, und da in den unterschiedlichen Qualifikationsebenen.

Wir haben aber auch das Thema Sucharbeitslosigkeit in Berlin, also ich möchte mich verändern, auch da aus unterschiedlichsten Bedingungen: Da kann ich mehr verdienen. Da ist mein Job näher dran. Da bekomme ich bessere Beschäftigungsbedingungen. Ich habe andere Möglichkeiten, meine Arbeitszeit zu verteilen, also all das, was uns im Persönlichen bewegt. Das sehen wir in dieser Stadt sehr stark. Wir sehen, dass unsere Arbeitslosigkeit steigt, und trotzdem konnten im Jahr 2025 aus den Jobcentern heraus mehr Menschen eine neue Tätigkeit aufnehmen als noch im Jahr 2024. Wir sehen, dass wir extreme Dynamiken am Markt haben, dass man sich aus einem Job heraus verändert, manchmal, weil man das möchte, manchmal, weil es passiert, aber dass auch weiter ein aufnahmefähiger Markt da ist. Deshalb muss man diesen so ein bisschen dreigeteilt sehen. Deshalb ist unsere Quote immer ein bisschen höher. Wir haben aber auch vergleichsweise eine größere Anzahl an Menschen, die eine Arbeit aufnehmen, weil man von einem Job in den anderen geht. Man sieht es klassisch auch beim Thema Pflege, Gesundheit. Da ist so eine hohe Nachfrage, dass man sich klassisch verändern kann. Wenn der Beschäftigungsort bei mir um die Ecke ist, und ich musste vorher eine Dreiviertelstunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, dann nehme ich den Job, der bei mir um die Ecke ist. Das funktioniert dann auch in dynamischen Märkten. Da sind Menschen sehr kurz arbeitslos.

So schauen wir auch immer, wenn größere Gruppen freigesetzt werden: Was für eine Qualifikation steckt dahinter – das ist immer die erste Frage –, und welche Märkte sind auch Aufnahmemärkte? Dann ist die Qualifikation manchmal zweitrangig, weil man mit Helfermärkten in Berlin, ob in der Gebäudereinigung, im Gastgewerbe, in der Hotellerie, aber auch bei städtischen Unternehmen, Arbeitsmöglichkeiten hat, die durchaus nicht nur über zwei, drei Monate gehen, wie in einem Logistikgeschäft über Weihnachten, sondern eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive bieten, also ein typisches Hauptstadtphänomen. Es sind mehr Menschen da, und diese Effekte, die sich multiplizieren, Fluchtkrise, Saison und ganz schwacher Arbeitsmarkt in der Aufnahmefähigkeit, so wie Frau Nahles auch bundesweit verkündet, kommen dann aneinander, und die Ausschläge sind immer größer.

Positiv zu erwähnen ist, die Ausschläge während Corona waren bei uns viel kleiner als im Bundesgebiet. Da hatten wir aufgrund der Wirtschaftsstruktur eine größere Stabilität als woanders. Der Zuzug in die Städte spielt mit. Wir sehen einen großen Run. Wenn man in die

Alterspyramide zum aktuellen Stand gucken würde, würden in Berlin auf 100 Menschen, die einen Job verlassen, 125 neue da sein. Wir haben also Unterschiede darin, wie Städte funktionieren, und daher dann auch, wie sich der Arbeitsmarkt bildet.

Das führt mich zum Thema Instrumente. Das Thema sozialer Arbeitsmarkt war heute schon im Raum. Ich bitte auch noch mal, den Blick nach Europa zu richten. Herr Dr. Lindemann hat es schon gemacht. Da erleben wir sehr stark, dass viele Länder, gerade im skandinavischen Raum – wie wir es aus der Schwerbehinderung kennen oder aus den sogenannten Betrieben, die mehr als 50 Prozent Schwerbehinderte beschäftigten –, ab einer gewissen Größenanzahl und für alle, die in kommunaler, Bundes- oder staatlicher Hand sind, Beschäftigungssegmente über Anteile oder Tochtergesellschaften definiert werden, um dem Bedarf an Beschäftigung für Menschen, die es schwerer am Arbeitsmarkt haben, eine Brücke in dafür definierte Unternehmen zu schaffen. Man sieht es in Dänemark. Es gibt ein Konzept zur Messung von Langzeitarbeitslosigkeit in Europa. Das wird am Ersatzpersonenpotenzial gemessen. Da sieht man, dass Dänemark mit 0,5 die niedrigste Langzeiterwerbslosenquote hat. Die geht dann hoch bis über 6 Prozent in Griechenland, und wir liegen in Deutschland mit 1,0 Prozent dazwischen, aber doch im ersten Drittel der geringeren Langzeitarbeitslosigkeitsquoten. Das sind aber Dinge, da kann man die Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt und die besondere Bedingung der Menschen gut zusammenbringen.

Dann würde ich gern noch die drei Punkte von Ihnen aufgreifen. Ich fange mit dem Thema an: Wie ist die Beschäftigungsstruktur in Berlin? Was bietet sich an? – Ich habe schon den Blick auf das SGB II gerichtet. Wir haben in 2025 mehr Arbeitsaufnahme aus dem SGB II gehabt als in 2026. Dass das Thema Arbeit eine wesentliche Rolle in der Arbeit der Jobcenter spielt und wir hier auch erleben, dass der Arbeitsmarkt durchaus für Menschen, wenn sie nicht diese doppelten Hemmnisse haben, die Herr Dr. Lindemann beschrieben hat, also die Gesundheit dazu kommt und sich die Frage nach dem Begriff der Erwerbsfähigkeit generell stellt – aber für alle übrigen wird das Thema Weg in die Arbeit über kurz oder lang immer besprochen. Das Thema Qualifizierung startet bei uns schon mit der Jugendberufsagentur Berlin, die zum Ziel hat: Kein Mensch ohne Berufsabschluss soll im Berliner Markt bleiben, sondern hier soll sich gekümmert werden. Wir haben ein gutes Jahr zurückgelegt in 2025, auch mit den Ausbildungszahlen. Ja, es sind immer unversorgte Bewerber übrig, aber auch in diesem Jahr haben deutlich mehr Menschen eine Ausbildung begonnen als noch im letzten Jahr. Da zeigt sich auch, dass sich das Dranbleiben lohnt.

Beim Thema Nachhaltigkeit von Förderungen haben wir Aussagen. Wir messen die Beschäftigungseffekte und auch die Eingliederungsquoten nach Fördermaßnahmen. Wir messen sie kurzfristig nach drei und sechs Monaten, aber auch mit Nachhaltigkeitsaspekten. Die würde ich, wenn ich darf, im Nachgang für die Stadt kurz nachliefern.

Das Dritte: Qualität der Maßnahmen. – Wir sind Nutzer der Maßnahmen. Die Überwachung und die Zertifizierung obliegt nicht der Bundesagentur für Arbeit. Wir sind da an den Gesetzgeber gebunden. Wir investieren in zertifizierte Maßnahmen, und das ist unser Maßstab. Die Zertifizierung liegt bei den Akkreditierungsstellen, die nicht in unserer Hoheit sind.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank, Frau Knie-Nürnberg! – Alles Gute noch für den heutigen Tag. Schön, dass Sie heute da waren und die zahlreichen Fragen beantwortet haben. – [Carina Knie-Nürnberg: Ich wünsche noch eine gute Sitzung!] – Die dau-

ert theoretisch noch sieben Minuten. Wir schauen mal, was wir jetzt machen. Schon mal der Hinweis: Punkt 6, ich schaue Linke und Grüne an, ich gehe von Vertagung aus? Ich bitte um Signalisierung. – Ja, das wird bestätigt. Punkt 5 möchte ich auch in den Raum stellen. Ich möchte, dass das geklärt wird, ob der erhalten bleibt. – Der bleibt erhalten. Dann frage ich jetzt die vier Leute noch ab, die auf der Redeliste stehen, ob sie weiterhin an ihren Fragen festhalten. Frau Schubert? – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] – Wunderbar! Herr Wapler? – [Zuruf von Christoph Wapler (GRÜNE)] – Wunderbar! Herr Düsterhöft zieht auch zurück. – Herr Mirzaie!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Ich will nur kurz zu Protokoll geben, dass die Aussage „Schwachsinn“ aus Richtung der AfD-Fraktion unparlamentarisch ist, und auch die Aussage: Was grinsen Sie so blöd? – ist absolut unparlamentarisch, und ich muss mir das hier nicht gefallen lassen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Das ist eine richtige Feststellung, dass das unparlamentarisch ist. Hier vorne war nicht ersichtlich, worauf sich welcher Kommentar bezog und auch nicht jeder Kommentar kam hier vorne an, weshalb ich nicht darauf Bezug nehmen konnte. Ansonsten hätte ich das selbstverständlich auch schon angemerkt, dass das unparlamentarisch ist. – Herr Dr. Lindemann! Es waren noch Fragen an Sie gerichtet. Auch Sie haben kurz die Möglichkeit, diese zu beantworten.

Dr. Kai Lindemann (BALZ): Herr Meyer hatte ein Frage zu den psychisch Erkrankten. – Ich will nur kurz drei Aspekte nennen: Wir als Beratungsstelle kooperieren im Bezirk Mitte sehr stark in einem Netzwerk mit anderen psychologischen Beratungsstellen, Integrationseinrichtungen et cetera. Das ist auch notwendig bei den geschilderten Fällen, die ich vorhin genannt habe. Solche Träger im Bezirk haben häufig ein Angebot, das wir einige Jahrzehnte auch bei uns hatten. Darauf will ich gar nicht näher eingehen. Wir hatten bis Ende letzten Jahres unser sogenanntes Treffpunktprojekt mit Selbsthilfegruppen. Wir sehen, dass solche Angebote durchaus etwas bezüglich der Arbeitsmarktintegration leisten können. Wir hatten eine Nähgruppe, eine Malgruppe. Da waren auch häufig psychisch belastete, psychisch kranke Menschen dabei, und es gibt durchaus Fälle in solchen Gruppen, wo Menschen stabilisiert werden, weil sie Anerkennung für ihre Arbeit in einer Gruppe bekommen und es daraus auch schon Gründungen gab, also Leute, die sich selbstständig gemacht haben, oft auch zusammen, vorher psychisch belastet, psychisch krank waren, ein Nähstudio et cetera aufgemacht haben. Das ist auch ein Bereich, der ein bisschen in die anderen Punkte übergeht, da will ich nicht groß einsteigen, in soziale Betriebe. Damit bin ich mit dem Punkt fertig.

Frau Auricht hatte noch eine Frage, die gar nicht so provokant war, wie Sie sie eingeläutet haben, denn das ist ein großes Thema. Wer ist für psychisch Kranke zuständig? – Es gibt auch Beispiele aus anderen Ländern, die das einfacher handhaben, zum Beispiel in Holland. Darauf will ich aber auch nicht weiter eingehen. Wir beobachten an vielen Beratungsfällen, dass es ein Ämtergeschacher gibt, also dass die Rentenversicherung sagt, sind wir nicht zuständig, das Jobcenter sagt, sind wir nicht zuständig, dass Krankenkassen sagen, sind wir nicht zuständig. Um nur ein Stichwort zu nennen: Die sogenannte Nahtlosigkeitsregelung im SGB III ist so komplex, dazu machen wir manchmal bei uns im Hause Seminare, also wann die Agentur noch zuständig ist, wann Krankenkassen zuständig sind. Es ist der Übergang, nur um es kurz zu sagen, von der Krankheit in die Arbeitslosigkeit, also wenn Menschen krank sind. Wie lange zahlt die Krankenkasse und wann die Agentur? Das ist ein großes Thema, um es salopp

zu sagen. Alle ins SGB XII zu packen, so schnell wäre ich da jetzt auch nicht. Die Zuständigkeit der Ämter besser zu regeln, ist eine riesengroße Aufgabe in Deutschland. Wir sind eine Querschnittsinstitution, wo viele Leute kommen und fragen, ob sie Anspruch auf eine der 27 Sozialleistungen, die es in diesem Land gibt, haben. Keine Behörde im Land berät. Sie beraten nur zu ihren eigenen Sozialleistungen. Das ist durchaus ein Problem.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Dr. Lindemann! – Danke auch dafür, dass Sie da waren und alle Fragen beantwortet haben! Es gab noch eine Frage an die Senatsverwaltung. – Bitte schön!

Sabrina Klaus-Schelleter (SenASGIVA): Ich versuche es kurz. Die erste Frage war, wie die Resonanz aus Europa aufs SGE ist. – Ich hatte von dem Forum erzählt mit einer sehr positiven Resonanz. Interessant war für die anderen Länder insbesondere der Mehrwert, der auch für die Stadtgesellschaft geschaffen wurde. Über den wurde heute noch nicht gesprochen. – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] – Das war neben der Weiterbeschäftigung zentral. Auch die OECD ist am SGE interessiert. Dazu gab es am 4. Oktober in Paris einen Workshop, wo andere Städte sehr genau, auch außerhalb Europas, auf uns schauen und auch auf den Mehrwert, der durch das SGE für die Stadtgesellschaft geschaffen wurde.

Zur zeitlichen Perspektive von BRIDGES: Das Projekt ist für 36 Monate bewilligt. Wir waren in der ersten Phase auf Study Visits, das heißt, wir haben uns die Projekte in den anderen Städten angeschaut. Es gab ein Study Visit bei uns. Jetzt erfolgt die Konzeptionsphase, und im Sommer beginnt dann die Beschäftigungsphase.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Gut, vielen Dank auch für die Beantwortung dieser Frage! – Dann kommen wir zum Schluss dieser Anhörung. Vielen Dank noch einmal an die Anzuhörenden und auch an die Senatsverwaltung für die Beantwortung der zahlreichen Fragen. Ich gehe davon aus, dass der Tagesordnungspunkt 4 a abgeschlossen ist und 4 b und 4 c sowieso abgeschlossen sind. Sehe ich da Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann sind alle abgeschlossen. – Danke schön!

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2552
Gesetz zur Errichtung eines
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin | 0284
ArbSoz
BildJugFam
Haupt(f)
WiEnBe |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Konzepts einer Ausbildungsplatzumlage
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0085
ArbSoz |

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0237](#)
Ausbildungsplatzumlage 2026
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ArbSoz

- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0253](#)
Stand des Gesetzesentwurfs zur
Ausbildungsplatzumlage und dessen Umsetzung
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) ArbSoz

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
Auswertung des DGB-Ausbildungsreports für
Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) ArbSoz

- f) Antrag der Fraktion Die Linke [0272](#)
Drucksache 19/2510
Ausbildungskrise beenden –
Ausbildungsplatzumlage sofort einführen! ArbSoz
Haupt

- g) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0283](#)
Mit der solidarischen Ausbildungsplatzumlage raus
aus der Ausbildungskrise
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.11.2025

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0288](#)
Drucksache 19/2724
Soziale Gerechtigkeit liefern – Schutz und Fairness
durch ein Direktanstellungsgebot für die
Beschäftigten von Lieferdiensten ArbSoz
BuEuMe(f)

- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0294](#)
Drucksache 19/2738
Direktanstellungsgebot für Lieferdienste –
Konsequente Kontrolle des Nachweisgesetzes ArbSoz
BuEuMe(f)

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung (alt 6)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.